Ausgabe 255

Dezember 2007 / Januar 2008

Berufsbildung aktuell.

Magazin des Landesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen Niedersachsen e.V.

BLBS

Jahreswechsel 2007/2008

Jugendliche in duale Ausbildung bringen

Seite 3

OECD-Studie

Erfolge des beruflichen Schulsystems endlich ins rechte Licht gerückt

Seite 4

V. l.: Landesvorsitzender Heinz Ameskamp, Veranstaltungsorganisator Kurt Kunze und Kultusminister Bernd Busemann auf dem BLBS-Verbandstag
Foto: privat

Mitgliederversammlung

Berufliche Bildung in Niedersachsen - Investitionen für die Zukunft-

Seite 8 und Seiten 10/11

Jugendliche suchen ein Zuhause

Seite 18

Inhalt

Leitartikel	**3**	*Zum Jahreswechsel 2007/2008* Jugendliche in duale Ausbildung bringen
Bildungspolitik	**4**	*OECD-Studie:* Erfolge des beruflichen Schulsystems endlich ins rechte Licht gerückt
		Kultusminister schreibt 1100 Lehrerstellen aus
	5	CDU und FDP wollen berufliche Bildung stärken
		Studieren ohne Abi soll leichter werden
		dbb-Chef Heesen Schlichte Verlängerung der Lebensarbeitszeit nicht konstruktiv
	6	*Gehaltsnachzahlungen* – Rechtsschutz des BLBS erfolgreich
	7	*Föderalismusreform* Neue Herausforderungen für die dbb - Landesvertretungen
		Viele Wege führen zum Studium – auch ohne Abi
	8	*Verbandstag des BLBS in Braunschweig* Mit Busemann geht es voran
Landesvorstand	**9**	Woran arbeitet der Landesvorstand u.a. momentan?
Bezirksverbände	**10**	Berufliche Bildung in Niedersachsen - Investitionen für die Zukunft
	12	Koordinatoren im BVN
		Peter Weers
	13	Unterrichtsentwicklung an der BBS Nienburg/Weser
		Neuer BVN-Sprecher im Bezirk Lüneburg
Wirtschaft	**14**	*Wettbewerbsfähigkeit* Amerika nach wie vor an der Spitze
		„Wer eine Perspektive hat, lernt besser“ Wirtschaft will kleinere Klassen
	15	Handwerkstag legt Wahlprüfsteine vor
		Vorschläge von DIHK und IW zu dem Mangel an Ingenieuren
Reisen	**16**	Fachexkursion in den Osterferien nach PEKING
	17	Reiseanmeldung
Aktuelles		Schulentwicklung
Kommentar	**18**	Jugendliche suchen ein Zuhause
Rezension	**19**	Schluss der Debatte
		Busemann, Oelkers, Rosenbusch (Hrsg.): Die Eigenverantwortliche Schule
Aufgelesen	**21**	Pädagogische Wermutstropfen in der GEW - Zeitschrift
Wir informieren	**22**	Was erwarten die Betriebe von der Berufsschule ?
		Lehrer müssen Lehrmittel nicht von ihrem Gehalt bezahlen
		Bundesfinanzhof hat verfassungsrechtliche Zweifel an der Regelung zur Entfernungspauschale
	23	*Jugendkriminalität* Mehr Schutz und Sicherheit für Schüler
		Fachkonferenz zur Jugendgewalt
		Wehrdienst hat Vorrang vor beruflicher Bildung
Ruheständler	**24**	Neuer Höchststand bei Ausbildungsverträgen im Handwerk
		Hilfe bei der Lehrstellensuche
		Alimentation von Beamten mit drei und mehr Kindern - Wie geht es weiter?
	25	*Beamtenpensionen:* Alterssicherung muss attraktiv bleiben
		Versorgung aus dem Beförderungsamt dbb niedersachsen erreicht Erfolg für Versorgungsempfänger
Glosse	**26**	*Ruf an!* Rechtschreibung – per Verordnung dem Verfall anheim gestellt?
Bei Redaktionsschluss	**27**	*Hessen* „Lernen und Arbeiten in Schule und Betrieb“ (SchuB)
	27	Impressum

Leitartikel

Zum Jahreswechsel 2007/2008

Jugendliche in duale Ausbildung bringen

Liebe Freunde,

die Weihnachtszeit und der Jahreswechsel sind Zeiten zur Besinnung. So schauen wir in die Vergangenheit und nehmen uns aber auch die Zeit für den Blick nach vorn. In der Bildung gab es inzwischen viele Reformbemühungen: Dazu gehören in Niedersachsen unter anderem die Umstellung des Lehramtsstudiums auf Bachelor- und Masterstudiengang, sowie die ab August vorgenommene Überführung aller Schulen Niedersachsens in den Status der „ Eigenverantwortlichen Schule". Damit schafft Niedersachsen als erstes Bundesland die Voraussetzungen für eine zeitgemäße Neuausrichtung von pädagogischen und organisatorischen Prozessen. Man folgt damit den Erkenntnissen internationaler Vergleiche, die zeigen, dass Schulen, wenn sie sich mit eigener Verantwortung in zentralen Bereichen selbst organisieren, viel erfolgreicher das Lernen gestalten und ihre Ergebnisse überprüfen können, als es bisher der Fall ist.

Bei all dem sind jedoch nicht nur bloße Zahlen, Daten und Fakten in unseren sich verändernden Berufsschulen interessant. Viel bedeutsamer, und oft kaum messbar, ist inzwischen das intensive Bemühen um unsere Schülerinnen und Schüler als „Leistungsträger von morgen" geworden. Der demografische Wandel und die damit verbundene Nachfrage nach Fachkräften werden die Arbeitswelt und die Ausbildung weiter verändern. Den Mangel an Fachkräften werden unsere Firmen mit Produktivitätssteigerungen über Rationalisierung, Automatisierung und Verlagerung von Produktionsstandorten ausgleichen müssen. Das dabei zum Einsatz kommende hochtechnologische Know-how erfordert gut ausgebildete Fachkräfte, die wir zur Entwicklung, Bedienung und Wartung dieser Technik hierzulande benötigen.

Aber noch immer ist es so, dass zu viele Jugendliche keine Chance haben, eine duale Ausbildung zu absolvieren, um sich als Facharbeiter verwirklichen zu können. Diese jungen Leute befinden sich in Warteschleifen und zum Teil in vollschulischen Bildungsgängen bis hin zum Abitur als zweite Wahl! Oder sie verdingen sich ohne berufliche Ausbildung nach Erfüllung der Schulpflicht in wertvollen jungen Jahren als Hilfskräfte in der Arbeitswelt. Damit kann unser hochtechnologisiertes Land nicht punkten.

Ergo müssen wir dafür Sorge tragen, dass alle Jugendlichen schon heute eine ihren Fähigkeiten entsprechende berufliche Ausbildung erhalten, die den Anforderungen der Zukunft genügt und die in Industrie, Handel und Handwerk anerkannt wird. So kann dem sich abzeichnenden Facharbeitermangel und der damit verbundenen Lähmung des Wirtschaftsstandortes Deutschland entgegengewirkt werden. Dass Jugendliche schon ab dem Kindesalter oft wohl keine Lobby und wenig Anleitung hatten, ihr Leben zu meistern, das merken wir Berufspädagogen vor allem in unseren berufsvorbereitenden Schulformen, wenn wir die jungen Leute dann vor uns haben. Hier stellen wir immer wieder fest: Was unsere Heranwachsenden bis dato vermisst haben, sind Vertrauen, Aufmerksamkeit, individuelle Zuwendung und Anerkennung. Mangelndes Selbstwertgefühl oder eine schon krankhafte Überheblichkeit, die aufgrund dieser fehlenden Beziehungsarbeit entsteht, sind das Ergebnis. Die zunehmende Gewaltbereitschaft Jugendlicher und die damit verbundenen gewalttätigen Ausschreitungen in den Schulen kommen nicht von ungefähr und können nicht länger hingenommen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Berufsbildungsrefomgesetz überträgt die Anrechnung der schulischen Berufsgrundbildung auf eine anschließende duale Berufsausbildung ab dem 01.08.2009 in die freiwillige Vereinbarkeit der Vertragsparteien. De facto würde dies, vor allen in den Berufen und jenen Landesteilen, in denen das Berufsgrundbildungsjahr nicht flächendeckend eingeführt ist, eine Verlängerung der Berufsausbildung um ein Jahr bedeuten. Die geplante Umstrukturierung des Berufsgrundbildungsjahres zu Berufsfachschulen mit Eingangsvoraussetzungen werden in 2008 ein zentrales Thema sein.

Liebe Akteure, lassen sie uns aus den genannten Gründen gemeinsam mit unseren dualen Partnern aus Industrie, Handel und Handwerk und mit Blick auf die Berufsausbildung unserer Jugend handeln. Dazu braucht es auch in unseren Schulen mehr Wertschätzung und Anreize für die Lehrkräfte, die an der „Wertschöpfungskette im Klassenzimmer" gestalten. Bloß mehr Sozialarbeiter und Psychologen in die Schulen zu schicken, wie es offenbar einige Bundesländer nun vorhaben, ist ein Kurieren an Symptomen und wird der Sache nicht gerecht. Was wir brauchen ist ein Berufsausbildungssystem, in dem mehr Jugendliche eine duale Ausbildung absolvieren können.

Für Schüler wäre es sehr motivierend, wenn unsere zukünftigen einjährigen Berufsfachschulen mit Eingangsvoraussetzung in enger Kooperation mit den Betrieben über eine freiwillige Vereinbarung mit der Wirtschaft auf die Lehrzeit angerechnet würden. Zwei weitere Gründe sprechen dafür: Erstens wäre damit die Möglichkeit gegeben, rund ein Drittel mehr an Ausbildungsplätzen anzubieten - wegen der kürzeren Durchlaufzeiten im Betrieb, ohne dass die Unternehmen zusätzliche Auszubildende einstellen müssten. Zum anderen könnte eine „vollschulische Berufsausbildung", die im Grunde genommen niemand will, keiner richtig gebrauchen kann und die in Konkurrenz zur dualen Ausbildung treten würde, in Niedersachen erfolgreich vermieden werden. Mit anderen Worten: Die Leistungen der Berufsschulen für eine qualitativ hochwertige und zukunftsorientierte Berufsausbildung sollten stärker anerkannt und nicht von einigen politischen Akteuren und anderen an Ausbildung Beteiligten mit fadenscheinigen Begründungen schlechtgeredet werden. Schüler sind an einer guten Ausbildung interessiert und da haben sie kein Verständnis für einen derartigen Dünkel.

Lassen Sie uns in diesem Sinne gemeinsam arbeiten und weiterhin dafür sorgen, dass es in Niedersachsen vorangeht, denn „berufliche Bildung muss den Schülerinnen und Schülern dienen", wie es MD Gerhard Lange in vielen Veranstaltungen formulierte.

Danken möchte ich auf diesem Wege den Kammern und Betrieben und all jenen, die mir durch vielfältige konstruktive Gespräche, ihren eingebrachten Sachverstand und ihre Unterstützung meine Arbeit wesentlich erleichterten. Für den vielfältigen ehrenamtlichen Einsatz für unseren Verband danke ich all unseren Mitgliedern, die sich aktiv im Verbandsleben eingebracht haben. Damit verbinde ich gleichzeitig den Wunsch, dieses auch im neuen Jahr erneut einfordern zu dürfen.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen ein besinnliches Weihnachtsfest, einen zuversichtlichen Start in das neue Jahr und bei allem Tun weiterhin viel Energie sowie persönliche Zufriedenheit.

Ihr
Heinz Ameskamp

OECD-Studie: Erfolge des beruflichen Schulsystems endlich ins rechte Licht gerückt

24.09.07 - „In der neuesten OECD-Studie erhält die berufliche Bildung endlich ihren Stellenwert, der ihr schon lange gebührt," stellte Berthold Gehlert, Bundesvorsitzender des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) erfreut fest und weiter: „Das ist deshalb besonders erfreulich, weil sich diese `Studie Bildung auf einen Blick 2007´ in den letzten Jahren zu einem bedeutsamen Bezugspunkt für die bildungspolitische Diskussion in Deutschland entwickelt hat."

Dort heißt es nämlich: „Es ist jedoch besonders darauf hinzuweisen, dass in Deutschland viele Qualifikationen traditionell im System der beruflichen Bildung vermittelt werden, die in anderen Staaten an Hochschulen vermittelt werden. **Die berufliche Bildung ist die tragende Säule des deutschen Bildungssystems.**"

Es ist schade, dass bei der Vorstellung der Studie nur die zu geringe Anzahl der Abiturienten und Studierenden im Vordergrund stand und die positiven Aspekte kaum zur Geltung kamen.

Stellenwert der abgeschlossenen Berufsausbildung

Ferner erhält die abgeschlossene berufliche Bildung ihren gebührenden Stellenwert, indem Folgendes festgestellt wird: „Ein Abschluss im Sekundarbereich II (Hochschulreife, Fachhochschulreife oder **abgeschlossene berufliche Ausbildung**) wird in den OECD-Ländern zunehmend zum Standard. Deutschland steht hier zusammen mit Griechenland international an der Spitze: Annähernd 100% erreichen in Deutschland einen Abschluss im Sekundarbereich II, und das schon seit 10 Jahren."

Ausgaben im Sekundarbereich II und Tertiärbereich

„Erfreulich ist auch", so **Gehlert** weiter, „dass die Ausgaben je Schüler im Sekundarbereich II in Deutschland um zwei Prozentpunkte über dem OECD-Mittel (28%) liegen, gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf." Zu dem Sekundarbereich II werden in der Studie neben der gymnasialen Oberstufe an allgemeinbildenden Gymnasien und Gesamtschulen vor allem die beruflichen Gymnasien, die Fachoberschulen, die Berufsfachschulen und die Berufsausbildung im dualen System gerechnet.

Hingegen liegen die Ausgaben im Tertiärbereich B bei den Fachschulen und den Schulen des Gesundheitswesens mit 21% um zwei Prozentpunkte unter dem OECD-Durchschnitt, während für die Fachhochschulen und Hochschulen im Tertiärbereich A mit 40% deutlich mehr ausgegeben wird. Nach Auffassung des BLBS gilt es hier, die Ausgaben gerade für die Fachschulen und die Schulen des Gesundheitswesens deutlich zu erhöhen.

Neues Stipendium

„Wir begrüßen es auch", so **Berthold Gehlert**, „dass die Bundesregierung anstrebt, bis zum Ende der Legislaturperiode ein Prozent der Absolventen der beruflichen Bildungssysteme mit einem Stipendium zu fördern." Maximal drei Jahre werden damit Zuschüsse von jährlich bis zu 1.700 Euro gewährt. Nach Meinung des BLBS ist es gut, dass hier zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Der BLBS-Vorsitzende forderte aber gleichzeitig: „Wenn in der Studie festgestellt wird, dass es in Deutschland allgemein zu wenig hochqualifizierte Fachkräfte auch im Ingenieurbereich gibt, dann müssen gerade für unsere Schüler die Mittel noch erheblich aufgestockt werden, die Förderung von einem Prozent reicht da nicht aus!"

Heiko Pohlmann, Schriftleitung *Die berufsbildende Schule*

Kultusminister schreibt 1100 Lehrerstellen aus

(rb) Hannover. Zum Beginn des zweiten Schulhalbjahres sollen in Niedersachsen 1101 Lehrerstellen neu besetzt werden. Die Ausschreibungen sind ab sofort im Internet abrufbar. Bewerbungsschluss ist der 9. November 2007. Mit den 2123 neuen Stellen bei Schuljahresbeginn würden damit im Schuljahr 2007/2008 insgesamt mindestens 3224 Lehrkräfte eingestellt, teilte Kultusminister Bernd Busemann am Mittwoch in Hannover mit. Nach dem Einstellungsrekord mit gut 4204 neuen Lehrkräften für sämtliche Schulen durch die 2500 zusätzlichen Planstellen einschließlich des Ersatzbedarfs für freiwerdende Stellen zu Beginn des Schuljahres 2003/2004 sei dies erneut ein Spitzenwert, betonte er. Die Zahl der Neueinstellungen werde erfahrungsgemäß deutlich über der Stellenzahl liegen. Da ein gewisser Anteil von Lehrern mit reduzierter Stundenzahl arbeiten möchte, entstünden Stellenreste, die in zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten zusammengefasst würden, erläuterte Busemann. Seit dem Regierungswechsel im Jahr 2003 wurden nach Berechnungen des Kultusministeriums bisher 15 500 neue Lehrkräfte eingestellt. Die kontinuierliche Wiederbesetzung der freiwerdenden Stellen werde auch wieder zu einem niedrigeren Durchschnittsalter der niedersächsischen Lehrkräfte führen. Einschließlich der inzwischen auf bis zu 5400 Referendarstellen erweiterten Kapazitäten für den Vorbereitungsdienst und einem Budget von 31,7 Millionen Euro für Vertretungslehrkräfte sei Niedersachsen bei der Unterrichtsversorgung noch nie zuvor so gut aufgestellt gewesen, meinte der Minister.

Aus: Rundblick Nr. 199 vom 01.11.07

CDU und FDP wollen berufliche Bildung stärken

(rb) Hannover. Die Regierungsfraktionen von CDU und FDP wollen im Plenum des Landtags einen Entschließungsantrag einbringen, der zur Stärkung der beruflichen Bildung beitragen soll. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, Konzepte zu entwickeln, mit denen insbesondere Jugendliche ohne bzw. mit schwachem Hauptschulabschluss gefördert werden können, um erfolgreich einen Beruf erlernen zu können. Berufliche Praktika sollen stärker in schulische Bildungsgänge integriert sowie die Kooperation von allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen landesweit gefördert werden. Auf Bundesebene soll sich die Landesregierung dafür einsetzen, dass die Ausbildungsordnungen grundsätzlich für Absolventen sämtlicher Schulformen gelten und die Berufsausbildungen mehr als bisher modular angeboten und als Teilqualifikationen anerkannt werden. CDU und FDP wünschen sich außerdem, dass die Kammern die Bildung von Ausbildungsverbünden intensivieren und abhängig vom regionalen Bedarf zeitlich begrenzte Modelle erproben dürfen, die eine Ausbildung und entsprechende Abschlüsse in besonders nachgefragten Berufen erlauben. Unternehmer mit Migrationshintergrund sollen motiviert werden, mehr junge Menschen auszubilden. Grundsätzlich sehen die Regierungsfraktionen die Landesregierung in der Pflicht, sämtliche Möglichkeiten zur Entlastung ausbildender Betriebe zu prüfen und insbesondere kleineren Unternehmen bei der Finanzierung der überbetrieblichen Ausbildung zu helfen.

Aus: Rundblick Nr. 184 vom 11.10.07

Studieren ohne Abi soll leichter werden

Bundesbildungsministerin Schavan kündigt Initiative an – Hochschulen: Angebote werden kaum angenommen

BRAUNSCHWEIG. Wer eine Berufsausbildung hat, soll künftig leichter studieren können. Das forderte Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) gegenüber unserer Zeitung.

Schavan reagierte damit auf die Kritik der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Dort war bemängelt worden, dass in Deutschland zu wenig Studenten ausgebildet würden. Als eine Konsequenz fordert die Ministerin: „Die Durchlässigkeit für Absolventen der dualen Berufsausbildung in das Hochschulsystem muss verbessert werden."

Die Bundesregierung schlage deshalb den Ländern und Hochschulen eine Initiative vor, durch die der Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte deutlich erleichtert wird. Schavan: „Darüber sprechen wir mit den Beteiligten zur Zeit." Praktiker aus Hochschulen der Region begrüßten den Vorstoß. „Dies ist bildungspolitisch eine interessante Alternative, die leider bislang ein Schattendasein führt", erklärt Hans-Ulrich Ludewig, Beauftragter für den Hochschulzugang ohne Reifeprüfung der TU Braunschweig.

„Die bereits bestehenden Regelungen müssten viel bekannter gemacht werden. Angebote werden kaum wahrgenommen", sagt Herbert Stiller, Leiter des Studienzentrums der TU Clausthal.

FAKTEN:

Berufs-Qualifikation: In Niedersachsen gibt es bereits Möglichkeiten, ohne Abitur zu studieren – zum Beispiel alle Fachrichtungen mit einem Abschluss als Meister, Techniker oder Betriebswirt. Bestimmte Fächer können mit Berufsausbildungen wie Erzieher oder Pfleger studiert werden.

Immaturen-Prüfung: Mit dieser speziellen Hochschul-Prüfung können sich viele Berufstätige für ein bestimmtes Studienfach qualifizieren.

Goslarsche Zeitung, 28.09.2007

dbb-Chef Heesen Schlichte Verlängerung der Lebensarbeitszeit nicht konstruktiv

Berlin (fsu) Die schlichte Verlängerung der Lebensarbeitszeit sei kein geeigneter Weg, um die Alterssicherungssysteme im Arbeitnehmer- wie im Beamtenbereich auf eine nachhaltige solide Basis zu stellen, betonte jetzt dbb-Chef Peter Heesen in Berlin. Der dbb werde an seinem Vorschlag festhalten, stattdessen eine freiwillige Verlängerung der Dienstzeit - beispielsweise über ein Bonusmodell - attraktiv zu machen. Über diese Betonung des Leistungsgedankens könne auch der benötigte qualifizierte, hoch motivierte Nachwuchs besser gewonnen werden.

Ohne solch flankierende Maßnahmen im Dienst- und Sozialrecht liefen die vorgesehenen Regelungen auf eine bloße Absenkung von Renten und Pensionen hinaus, so Heesen. Was die Beamten angeht, so hatte das Bundesverfassungsgericht in einem vom dbb geführten Verfahren unter anderem festgestellt, dass die Beamten aufgrund der in der Versorgung bereits durchgeführten Reformen stärker und früher belastet waren, als die Rentner. Dass diese Überkompensierung in dem nun vorliegenden Gesetzentwurf immerhin für die Bundesbeamten berücksichtigt werde, begrüßte der dbb-Chef ausdrücklich.

Gehaltsnachzahlungen – Rechtsschutz des BLBS erfolgreich

Zwangsteilzeit für Beamte „verfassungswidrig und nichtig“

Eine erzwungene Teilzeitbeschäftigung für beamtete Lehrer ist nach einer am 28. September 2007 ergangenen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe verfassungswidrig. Die in Niedersachsen geltende Regelung wurde damit vom Zweiten Senat am Freitag für nichtig erklärt und gekippt.

Im Jahre 1997 wollte das Land vielen Lehramtsanwärtern eine Einstellung in den öffentlichen Dienst ermöglichen und hatte dazu ein sog. Teilzeitbeamtenverhältnis, das schnell den Namen „Zwangsteilzeit“ hatte, eingeführt. Neuen Lehrerinnen und Lehrern wurde nämlich zwar eine Zwei-Drittel-Anstellung zugewiesen, eine Wahlmöglichkeit hatten sie jedoch nicht, und damit verstieß diese Regelung auch nach Auffassung des BLBS gegen die Grundsätze des Berufsbeamtentums.

Die damalige SPD-Landesregierung wollte das anders sehen und tat diese und auch entsprechende Hinweise von Verfassungsrechtlern mit leichter Handbewegung ab: Eine „Zwangsteilzeit“ berühre zwar „das Leitbild des in Vollzeitbeschäftigung auf Lebenszeit tätigen Beamten und bedürfe daher einer Rechtfertigung, die mindestens denselben Rang wie die beamtenrechtlichen Grundsätze haben müsse“, jedoch ergebe sich eine derartige Begrenzung aus der im Sozialstaatsprinzip wurzelnden Verpflichtung, die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen, sowie aus der Notwendigkeit, eine ausgewogene Altersstruktur zu gewährleisten. Der wesentliche Strukturinhalt des Beamtenverhältnisses – die Anstellung auf Lebenszeit und die Garantie des Amtes im statusrechtlichen Sinne – werde aber durch die Änderung nicht betroffen, argumentierte die Landesregierung damals weiter.

Damalige Begründung der Zwangsteilzeit zurückgewiesen

Wie zur Beruhigung wies die Landesregierung außerdem alle, die sich gegen diese neuen Regelungen wandten, darauf hin, dass durch die Anbindung der reduzierten Besoldung an die Bezüge in einem Amt mit Vollzeitbeschäftigung in der nächstniedrigeren Laufbahngruppe auch den Anforderungen an eine amtsangemessene Besoldung als eine „Art Mindestbesoldung“ Rechnung getragen werde. Insgesamt bewege man sich daher im Rahmen der Vorgaben aus Art. 33 Abs. 5 GG.

Doch das Misstrauen vieler war groß, denn sie argwöhnten nicht ganz zu Unrecht, wie die damaligen Diskussionen um den Beamtenstatus der Lehrer zeigten, dass mit dieser neuen Regelung zugleich das Berufsbeamtentum der Lehrer ausgehebelt werden sollte. Auch der BLBS Niedersachsen hatte sich aus grundsätzlichen Erwägungen gegen diese Regelung ausgesprochen, da sie sich seiner Auffassung nach gegen Geist und Buchstaben des Artikels 33, Abs. 5 GG richtete, und seinen Mitgliedern geraten, sich gegen diese ihnen durch das Land verordnete Zwangsteilzeit zu wehren und die Gerichte anzurufen, was, wie sich nun am Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zeigt, ein richtiger und erfolgversprechender Weg gewesen ist.

In insgesamt 444 Fällen hatten die Betroffenen hiergegen Rechtsmittel eingelegt: 177 beamtete niedersächsische Lehrkräfte – davon viele im Rechtsschutz des BLBS, gewährt durch den DBB Niedersachsen – haben gegen die Einweisung in eine Teilzeitbeschäftigung bereits vor dem Eintritt der Bestandskraft Widerspruch erhoben; in 267 Fällen haben sich die Bediensteten erst nach Eintritt der Bestandskraft der Einweisungsverfügung gegen die Zuweisung einer Teilzeitbeschäftigung gewandt.

Erfolgreich gegen das Land durch Rechtsschutz des BLBS

Bereits im Jahr 2004 hatte das Oberverwaltungsgericht Niedersachsens das unfreiwillige Teilzeitverhältnis nur unter der Bedingung für rechtmäßig erklärt, dass den Beamten eine Wahlmöglichkeit eingeräumt wird. Nur mit ihrer Zustimmung könne das Land eine Teilzeitbeschäftigung erwirken. Dementsprechend hatte das Gericht dem Land ins Stammbuch geschrieben: „Der Vorhalt, der Beamte habe wegen einer zwangsweise (rechtswidrig) herabgesetzten … Arbeitszeit … auch nur entsprechend reduzierte Schadensersatzansprüche, ist in hohem Maße treuwidrig und arglistig.“

Das Bundesverfassungsgericht hat jetzt das Gesetz insgesamt für verfassungswidrig und nichtig erklärt und damit für die notwendige Klarheit gesorgt. Die damalige Regelung, so argumentieren die Karlsruher Verfassungsrichter ähnlich wie zuvor die Richter des Oberverwaltungsgerichtes, habe keine Wahlmöglichkeit des betroffenen Beamten gelassen. Eine Teilzeitarbeit zwinge aber in der Regel zu Nebentätigkeiten. Damit werde der Beamte zu einem «Diener zweier Herren». Das könne Loyalität und Unparteilichkeit des Beamten gefährden. Nach den Grundsätzen des Berufsbeamtentums gelte der Hauptberufs-Grundsatz. Wenn das Land Niedersachsen die Arbeitslosigkeit steuern wolle, stehe es ihm frei, Lehrer im Anstellungsverhältnis einzustellen. Ein «Rosinenpicken» erlaube die Verschiedenheit von Beamten- und Angestelltenverhältnissen dem Gesetzgeber nicht.

Die Mitglieder des BLBS Niedersachsen, die damals unserem Rat gefolgt waren und sich mit Hilfe unseres Rechtschutzes gegen die Zwangsteilzeit gewandt hatten, können frohlocken: Denn sie können Gehaltsnachzahlungen nicht geringen Umfanges erwarten. Zudem wird die Teilzeit voll auf ihr Dienstalter angerechnet, was sich auch auf ihre Pensionen positiv auswirken wird.

Föderalismusreform Neue Herausforderungen für die dbb - Landesvertretungen

Hannover (fsu) Mit der im vergangenen Jahr in Kraft getretenen Föderalismusreform wurde die Gesetzgebungskompetenz für viele Bereiche des öffentlichen Dienstes vom Bund auf die Länder heruntergebrochen. So können (oder müssen) die Länder nun je nach Kassenlage über das Wohl und Wehe ihrer Bediensteten entscheiden.

Welche Aufgaben sind es, die seit Oktober 2006 in die „Ausschließliche Gesetzgebungszuständigkeit" der Länder fallen und somit nunmehr von den jeweiligen dbb- Landesbünden in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Landes- bzw. Bezirksverbänden der angeschlossenen Mitgliedsgewerkschaften bearbeitet werden müssen?

Während sich der Bund die Zuständigkeit für das Öffentliche Dienstrecht der Beamten sowie der Versorgungsempfänger des Bundes vorbehalten hat, sind nun die 16 Länder in der Pflicht, das Dienstrecht im Einzelnen zu regeln. Darunter fallen so zentrale Fragen, wie die nach der Pensionsaltersgrenze und dem gesamten Laufbahnrecht. Die konstruktive Einbringung in die jeweiligen Reformmaßnahmen der Länder dürfte keine einfache Aufgabe für die 17 verschiedenen dbb - Standesvertretungen sein, müssen sie zum Beispiel darauf bedacht sein, dass sich das Laufbahn- und Besoldungsrecht im Einzelnen nicht in einen bundesweiten, bunten Flickenteppich verwandelt.

Dann käme es dazu, dass immer mehr flexible und leistungsstarke Beamte den Matthäus - Effekt „Wer hat, dem wird gegeben" nutzten und aus den armen in die reichen Bundesländer, die besser bezahlen, abwanderten. Dies wäre für unser Bundesland fatal.

Viele Wege führen zum Studium – auch ohne Abi

Niedersachsen gilt als Modell-Land, doch die Möglichkeiten sind kaum bekannt – Hochschulen wollen Potenzial nutzen

Studium ohne Abitur? Wenn Kai Brunzel die einschlägigen Zahlen der TU Braunschweig sichtet, dann fällt die Bilanz wenig eindrucksvoll aus. „Es sind immer nur Einzelfälle", sagt der kommissarische Leiter des Immatrikulationsamtes.

„Gegen 0" tendiert auch die Zahl in der TU Clausthal im Oberharz, berichtet der Leiter des Studienzentrums, Herbert Stiller. Damit nicht genug: Die Uni Hannover gab kürzlich bekannt, dass sie aus Kostengründen selbst keine Immaturen-Prüfungen mehr veranstalten will. Das ist jener Weg, der ohne Abitur von einer Berufstätigkeit in ein Studium führen kann. Dies ist die aktuelle Begleit-Musik für einen bildungspolitischen Vorstoß von Bundesbildungsministerin Annette Schavan(CDU). **Gegenüber unserer Zeitung forderte sie, Studieren ohne Abitur müsse erleichtert werden. Es dürfe nicht sein, dass erfolgreiche Berufstätige am Studium gehindert werden.** Die Wahrheit ist jedoch: Bestehende Möglichkeiten werden kaum genutzt, schlimmer noch: Kaum jemand kennt sie. **Dabei ist gerade Niedersachsen ein Modell-Land. „Hier gehen die Möglichkeiten weiter als in anderen Bundesländern – etwa im Süden",** berichtet Hans-Ulrich Ludewig von der TU Braunschweig.

Die Koordinierungsstelle für die Studienberatung in Niedersachsen ist eine gemeinsame Einrichtung der Hochschulen des Landes. Dort wird aufgelistet, wie man bereits jetzt ohne Abitur studieren kann: Meister, staatlich geprüfte Techniker und Betriebswirte können in Niedersachsen an allen Hochschulen alle Fachrichtungen studieren. Erzieher, Familien-, Alten-, Heilerziehungspfleger beispielsweise und andere, können unter bestimmten Bedingungen einzelne Studiengänge wählen. Berufstätige können sich nach zwei oder fünf Jahren Berufstätigkeit in Volkshochschulen oder bei Einrichtungen wie „Arbeit und Leben" ein Jahr lang auf die spezielle Immaturen-Prüfung vorbereiten. Wenn sie diese bestehen, können sie ein bestimmtes Fach studieren. „Die Immaturenprüfung ist eine hohe Hürde, gewiss, aber man kann es schaffen", weiß Hans-Ulrich Ludewig. Sie wird von einem dreiköpfigen Prüfungs-Ausschuss abgenommen, dem neben einem Hochschul-Lehrer des angestrebten Faches auch ein Vertreter der Gymnasien und einer der Weiterbildungs-Institutionen angehören. In einem allgemeinen Teil müssen drei Klausuren über allge-

meine Kenntnisse, Englisch und Mathematik oder eine Naturwissenschaft geschrieben werden. Das Thema einer mündlichen Prüfung kann der Kandidat selbst bestimmen – es darf nicht aus dem angestrebten Studienfach stammen. Ein besonderer Teil der Prüfung schließt sich an – er enthält eine Klausur im angestrebten Studiengang. Während sich 2003 an der TU Braunschweig 41 Bewerber dieser Prüfung unterziehen wollten, waren es 2007 nur noch 16. Beruflich besonders Qualifizierte haben sich in 48 Fällen zum Wintersemester 2007/08 für ein Studium beworben – von insgesamt 11 000 Bewerbern.

„Viele kennen die Möglichkeiten, die sie haben, schlichtweg nicht", sagt Kai Brunzel von der TU Braunschweig. „Es muss stärker propagiert werden", ergänzt der Clausthaler Kollege Herbert Stiller. Und für Prof. Thomas Hanschke, Vizepräsident der Technischen Universität im Oberharz, steht fest: **„Menschen, die im Beruf stehen und dort Erfolg haben, bringen Qualitäten mit, von denen wir profitieren können."**

Für Hanschke sind besonders Modelle erfolgversprechend, bei denen Berufsqualifikationen im Studium angerechnet werden können. In Bereichen wie der Verfahrenstechnik, Produktionsplanung oder Informationstechnik könne dieser Anteil bis zu 50 Prozent betragen. Für Hans-Ulrich Ludewig ist eine größere Durchlässigkeit zum Studium auch unter bildungspolitischen Gesichtspunkten wichtig – als Korrekturmöglichkeit für frühe Weichenstellungen. Es gebe Spätberufene, deren Begabungen besser genutzt werden könnten. Es sei gut, dass diese Gruppe jetzt wieder stärker in den Blickpunkt rücke und angesprochen werde.

Aus: Goslarsche Zeitung, 28.09.2007

Mit Busemann geht es voran

Verbandstag des BLBS in Braunschweig Berufliche Bildung in Niedersachsen - Investitionen in die Zukunft

Braunschweig (fsu) „Mit Busemann geht es voran", titelten wir in unserer Juli-Ausgabe 2005 und schrieben „In Niedersachen krempelt Kultusminister Bernd Busemann derzeit gemeinsam mit der Wirtschaft und den Schulen die Ärmel auf – und das ist gut so". Auch zum Jahresende 2007 hat diese Einschätzung wohl nichts an ihrer Gültigkeit verloren.

Wie auch schon vor vier Jahren bei unserem Niedersächsischen Verbandstag in Wilhelmshaven sprach wiederum Bernd Busemann als Gastredner vor vollem Haus, diesmal in Braunschweig. Er hob zum oben genannten Thema hervor, dass gerade ein rohstoffarmes Land wie Niedersachsen auf Spitzenqualität in Bildung und Ausbildung besonderen Wert legen müsse. Daher sei Bildung für die Niedersächsische Landesregierung auch das Top-Thema der kommenden Jahre.

Mit der Schulgesetzänderung zum 1. August seien nun die Rahmenbedingungen für alle Schulen des Landes nach einer Konzeptions- und Erprobungsphase so geändert worden, dass die Entwicklung der Schulen hin zu mehr Eigenverantwortung die notwendige gesetzliche Grundlage erhalten habe. Bei allen Überlegungen der Landesregierung habe die duale Berufsausbildung in klassischer Form absolute Priorität und werde nicht in Frage gestellt, sondern gestärkt, hob Kultusminister Busemann hervor. Dabei sei er nach wie vor davon überzeugt, dass die duale Berufsausbildung als kooperatives System der Lernorte Schule und Betrieb den entscheidenden Beitrag zur beruflichen Qualifizierung leiste.

Mit dem Inkrafttreten des novellierten Berufsbildungsgesetzes zum April 2005 sei jedoch die Anrechnung eines schulischen Berufsgrundbildungsjahres oder einer Berufsfachschule auf eine anschließende duale Berufsausbildung in die freiwillige Vereinbarkeit der Vertragsparteien des Ausbildungsvertrages gestellt. Die Anrechnungsverordnung des Landes Niedersachsen laufe so Ende Juli 2009 aus. Faktisch bedeutet die dann geltende Regelung die Aufhebung der Anrechnung. Hierdurch werde sich aber die „Durchlaufzeit" einer Berufsausbildung, die auf einem einjährigen schulischen Bildungsgang mit beruflicher Grundbildung aufbaut, in der Regel um ein ganzes Jahr verlängern. Dies sei weder bildungspolitisch gewollt, noch finanzpolitisch akzeptabel. Und so sei der verbindliche Besuch eines Berufsgrundbildungsjahres spätestens ab August 2009 nicht mehr zu rechtfertigen. Deshalb sei geplant, das Niedersächsische Schulgesetz und die Verordnung über berufsbildende Schulen in der nächsten Legislaturperiode zu ändern.

Wie erfolgreich die bisher an den berufsbildenden Schulen des Landes durchgeführte berufliche Grundbildung in Berufs-

grundbildungsjahren und Berufsfachschulen sei, könne man auch daran erkennen, dass in Niedersachsen über 25 Prozent (BiBB-Statistik, 20.12.2006) aller neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge verkürzt abgeschlossen worden seien. Damit läge Niedersachsen an der Spitze aller Bundesländer.

Für die nicht immer leichte, aber besonders erfolgreiche Arbeit bedankte sich Kultusminister Bernd Busemann auf dem Verbandstag bei allen Lehrkräften. Unser zukünftiger wirtschaftlicher Erfolg und die Gewährleistung der sozialen Sicherheit hänge ganz entscheidend von der schulischen und beruflichen Qualifikation der Menschen hier im Land ab, hob Busemann hervor. Es gäbe nur eins, was auf Dauer teurer sei als Bildung: Keine Bildung, habe John F. Kennedy festgestellt.

Näheres zum gesamten Verbandstag lesen Sie auf den Seiten 10 bis 11.

Landesvorstand

Woran arbeitet der Landesvorstand u.a. momentan?

Der BLBS-Landesvorstand möchte Sie an dieser Stelle regelmäßig über die Schwerpunkte seiner Arbeit unterrichten. Dadurch soll den Mitgliedern unseres Verbandes die Arbeit transparenter gemacht werden. Auskünfte zu den einzelnen Themen erteilt Ihnen gerne der Landesvorstand; sprechen Sie uns an!

- Aufarbeitung der ProReKo-Ergebnisse zwecks Einbeziehung der Erfahrungen in die Entwicklungen zur Eigenverantwortlichen Schule im Rahmen des neuen NSchG.
- Arbeit der Grundsatzkommission zur Entwicklung neuer Perspektiven und Visionen zukünftiger beruflicher Bildung im Rahmen des europäischen Kontextes und des neuen NSchG – Fortschreibung der „Perspektiven beruflicher Bildung – Loccumer Grundsätze“ des BLBS-LV Niedersachsen; Die Klausurtagung der Grundsatzkommission am 18. und 19. Sept. in Verden hat uns einen großen Schritt voran gebracht und lässt das Rohkonzept unserer bildungspolitischen Perspektiven bereit gut erkennen. Ende 2008 / Anfang 2009 werden wir das Konzept den Mitgliedern zur Diskussion vorstellen.
- Neustrukturierung der redaktionellen und inhaltlichen Arbeit zu unserer Verbandszeitschrift „Berufsbildung aktuell“. Dazu brachte ebenfalls eine Klausurtagung mit LV- und BV-Mitgliedern am 29. und 30. Juni in Verden konstruktive Ergebnisse. Z.Z. wird die redaktionelle Umsetzung geplant und eine Kostenanalyse erstellt.
- Die letzte Ausgabe der „Berufsbildung Aktuell“ enthält aufgrund organisatorischer Einzelheiten noch keine Rubrik für die Pensionäre. Das bedauern wir sehr und werden ab der nächsten Ausgabe verstärkt diese Rubrik redaktionell bearbeiten. Wir bitten bei unseren Mitgliedern, insbesondere den Pensionären um Verständnis.
- Inhaltliche Vorbereitung des Treffens des Landesvorstandes mit den BLBS-Dezernenten und KM-Vertretern, u.a. Ltd. MD Gerd Lange, MR Uwe Ritzmann und ProReKo-Geschäftsführer Michael Sterrenberg, am 13. Nov. nachmittags in Hannover im Hotel Luisenhof
- Positionierung unseres Verbandes zu der vom Schulleiterverband initiierten und vom MK angeregten neuen Arbeitszeitverordnung für Schulleiterinnen und Schulleiter auf verschiedenen Ebenen.
- Auf BVN-Ebene mit Hochdruck Vorbereitung der Personalratswahl 2008 mit Auswahl und Setzung der Kandidaten unter Berücksichtigung der Ausgewogenheit zwischen den Teilverbänden. Erstellung von Werbemitteln zur Verteilung sowie dem Entwerfen, Drucken und termingemäßen Verteilung von zugkräftigen Werbeplakaten, Flyern u.a. in einem sinnvollen Zeitrhythmus.
- Überarbeitung der Fortbildungsangebote der BVN-Fortbildung nach Einführung des kostendeckenden Vorgehens, das sich aus der Sicht des BLBS gut bewährt hat und massive Kosteneinsparungen gebracht hat, ohne entsprechenden Qualitätsverlust. Der BLBS sieht darin eine Verbesserung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses.
- Vorbereitung und Terminierung von Treffen des BVN-Vorstandes mit dem Kultusministerium zu verschiedenen Themen wie ProReKo, neue berufliche Grundbildung ab 2009 und Lehrerversorgung bzw. Lehrerausbildung für BBS.

Norbert Boese, BLBS-Landesvorstand

Berufliche Bildung in Niedersachsen - Investitionen für die Zukunft

Busemann auf der Mitgliederversammlung 2007 in Braunschweig

Unter diesem Thema fand am 27. September 2007 die Mitgliederversammlung des Landesverbandes statt.

Die Begrüßung erfolgte durch Kurt Kunze, dem Vorsitzenden des Bezirkes Braunschweig-Nord, der dankenswerterweise federführend die Organisation der Veranstaltung übernommen hat. Anschließend wurden die Teilnehmer von Wolfgang Laczny, dem stellv. Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig, begrüßt. Herr Laczny wies darauf hin, dass Braunschweig zurzeit mit vielen Veranstaltungen „die Stadt der Wissenschaft 2007“ feiere.

Der Landesvorsitzenden Heinz Ameskamp zählte in seiner Begrüßungsrede die Forderungen des BLBS auf, die bereits in der Vergangenheit von der Politik umgesetzt wurden. Allerdings wies er auch darauf hin, dass noch viele Baustellen zu bearbeiten seien, wie zum Beispiel die unbefriedigende Ausbildungsplatzsituation, die fehlende Anerkennung der Arbeit der Kollegien, die Anbindung der Qualitätsentwicklung durch EFQM an die Schulinspektion und die fehlenden Lehrernachwuchskräfte durch die anstehenden Pensionierungen.

BLBS-Landesvorsitzender Heinz Ameskamp
Foto: privat

Heinz Ameskamp ging in seiner Rede auf folgende Punkte besonders ein:

- Die Novellierung des BBIG 2005 und deren Auswirkungen,
- Berufsschulen als soziale Auffangstationen,
- Regelungshektik des Bundes bei den Ausbildungsordnungen,
- die Ausbildung des Lehrernachwuchses und
- die Einführung der Eigenverantwortlichen Schule.

Unter anhaltendem Beifall listete der Landesvorsitzende die verschlechterten Rahmenbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen an den berufsbildenden Schulen auf.

Die anschließende Podiumsdiskussion wurde von Dr. Carsten Krebs, Wirtschaftsredakteur der Wolfsburger Allg. Zeitung, geleitet. Die Runde war besetzt mit Vertretern der Parteien im Landtag:

Verbandstag des BLBS: Volles Haus *Foto: privat*

Hans-Werner Schwarz (FDP), Claus Johannßen (SPD), Enno Hagenah (Bündnis 90/Die Grünen). Karl-Heinz Klare (CDU) fehlte wegen eines Verkehrsunfalls. Außerdem war Heinz Ameskamp dabei.

Folgende Themen wurden kontrovers diskutiert:

- Wie kann die Berufsschule helfend eingreifen und zur Behebung des Facharbeitermangels beitragen?
- Was wollen Sie für die Gewinnung des Lehrernachwuchses tun?
- Wie wollen Sie den überlasteten Lehrern helfen?

Von den Anwesenden wurden Fragen zu aktuellen Themen gestellt.

In der Mittagspause hatten alle Teilnehmer der Versammlung bei einem Mittagessen Gelegenheit zum Gedankenaustausch und zum Besuch der Informationsstände.

BLBS - Akteure in der Pause *Foto: privat*

Der nds. Kultusminister Bernd Busemann hielt zum Leitthema der Veranstaltung ein mit Spannung erwartetes Impulsreferat. Zunächst ging er auf die Einführung der „Eigenverantwortlichen Schule“ zum 1.8.2007 ein. Der Modellversuch „ProReKo“ läuft zum Ende dieses Jahres aus. Anschließend soll geprüft werden, ob positiv erprobte Bestandteile des Versuches auf alle berufsbildenden Schulen im Land übertragen werden können.

Kultusminister Bernd Busemann auf dem Verbandstag *Foto: privat*

Anschließend ging Herr Busemann auf die Anrechnungsverordnung ein. Die Anrechnungsverordnung des Bundes ist bereits ausgelaufen, und die des Landes Niedersachsen läuft zum 31. Juli 2009 aus. Der verbindliche Besuch eines Berufsgrundbildungsjahres ist deshalb spätestens ab dem 1. August 2009 nicht mehr zu rechtfertigen.

Wörtlich sagte KM Busemann: „Wie erfolgreich die bisher an den berufsbildenden Schulen des Landes durchgeführte berufliche Grundbildung in Berufsgrundbildungsjahren und Berufsfachschulen ist, kann man auch daran erkennen, dass in Niedersachsen 26 Prozent (BiBB-Statistik, 20.12.2006) oder 14.091 aller neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge verkürzt abgeschlossen werden. Damit liegen wir an der Spitze aller Bundesländer!“

Unter dem Beifall der Teilnehmer bedankte sich der Kultusminister in diesem Zusammenhang für die qualitativ hochwertige Unterrichtsarbeit und den besonderen Einsatz im Unterricht der Berufsgrundbildungsjahre und der einjährigen Berufsfachschulen.

Anschließend erläuterte er die Einführung der Berufseinstiegsklasse zum nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses neben dem Berufsvorbereitungsjahr.

KM Busemann bekannte sich ausdrücklich zum Erhalt der erfolgreichen dualen Ausbildung in klassischer Form. Er hält aber eine weitere Spezialisierung in den Berufsfeldern nicht für erforderlich und auch die inhaltliche Reduzierung von Ausbildungsordnungen für geboten.

MD Gerhard Lange *Foto: privat*

Abschließend bedankte sich der Minister für die Beteiligung des BLBS bei der Bewältigung der notwendigen Reformen in der beruflichen Bildung.

Im Anschluss wurden 2 parallele Workshops zu folgenden Themen angeboten:

1. Berufsfachschulen - Möglichkeiten zur Beseitigung des Facharbeitermangels

   mit dem Referenten MD Gerhard Lange und als Moderator Heinz Ameskamp

2. Das neue Besoldungs - und Dienstrecht – Was haben wir zu erwarten?

   mit dem Referenten DBB-Landesvorsitzender Friedhelm Schäfer und als Moderator Lutz Hempfing

Nach der Verabschiedung durch Heinz Ameskamp verließen die Teilnehmer gut informiert die Versammlung.

Gabriele Matzke-Ludwig, Landesvorstand

BLBS - *Erfolg durch Kompetenz*

Koordinatoren im BVN

Das seit vielen Jahren regelmäßig im Herbst veranstaltete KO-Treffen hat diesmal in Höxter/Holzminden stattgefunden. Zum Thema „Schulmanagement und Eigenverantwortlichkeit von Berufsschulen“ hatten diesmal Hans-E. Melching und Friedhelm Korsen eine rundum gelungene Veranstaltung organisiert.

Im Rahmen einer Betriebsbesichtigung bei Stiebel-Eltron gab es einen Außentermin mit MD Lange, der über die aktuelle Situation der Problematik BGJ/BFS berichtete. Zu diesem Thema gab es auch interessante Beiträge von zwei wichtigen Vertretern des örtlichen Handwerks. Im Beiprogramm waren die Porzellan-Manufaktur Fürstenberg und ein Ausflug in den herbstlichen Solling vorgesehen.

Die Teilnehmer im Hof des Hotels Niedersachsen/Höxter

Foto: privat

Der abschließenden Arbeit in Kleingruppen ging der gewohnte, sehr rege Ideen- und Meinungsaustausch voraus. Als Ergebnis sollte ein Fragenkatalog zum Thema „BFS - nur mit Anrechnung, aber wie herbeizuführen?“ erarbeitet werden. Die Fragen sollen in einem weiteren Termin mit den Spitzen des Ministeriums erörtert werden, zu dem eine bewährte Abordnung vorstellig werden wird.

Wir erwarten auch hier wieder Gehör zu finden, so wie das zuletzt im Zusammenhang mit Entlastungsstunden für Funktionsträger und der Annahme des überfälligen Themas „Koordinatorenerlass“ zu verzeichnen war.

Im nächsten Jahr wird das Treffen wieder in Aurich stattfinden, wo neben dem harten Kern (zu dem übrigens auch noch die inzwischen „aufgestiegenen“ SL gehören) auch die „Neuen“ wiederkommen wollen . Die Teilnahme einer ganzen Reihe relativ junger (und entsprechend engagierter) Koordinatoren dürfte wohl eine gute Voraussetzung für die Weiterführung der tollen Veranstaltungsreihe sein.

U. Wolff

Peter Weers

Am 31.01.07 beendete Peter Weers die Tätigkeit im Schulbezirkspersonalrat Osnabrück – eigentlich muss ich sagen „seine“ Tätigkeit, denn Peter und Bezirkspersonalrat – das gehört eng zusammen.

Kennen gelernt habe ich ihn Ende der 80er-Jahre. Ich war seit kurzem Bezirksvorsitzender des VLWN in Ostfriesland und PR-Vorsitzender der BBS I in Leer. Lennartz und Bohne, damals im SBPR, trainierten uns in Verbands-und PR-Sachen. Wenn einer der beiden nicht konnte, kam Peter mit, noch ein bischen schüchtern und ungelenk. Das sollte sich bald ändern, er rückte offiziell in den SBPR nach.

Dann ging es los: PR-Schulungen, Verbandsveranstaltungen für Lehrer für Fachpraxis, Bezirksvorsitzende, Schulleiter, Personalräte. Sachbearbeitergespräche, Dezernentenbefragungen etc. Nebenbei Aktionen der verschiedensten Art: Gegen unverständliche Beschlüsse der jeweiligen Landesregierung, z.B. gegen die Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung - und für Beförderungsstellen. Eine kontinuierliche Steigerung, er wuchs in seine Aufgabe hinein und wurde zu einem der bekanntesten Personalräte in Niedersachsen. Er arbeitete mit vollem Engagement und auch körperlichen Einsatz, die abgefahrenen Kilometer gehen in die Zig-Tausende.

Er war die Klammer für den BVN, sein Verdienst ist es, dass die Berufsschullehrerverbände in Niedersachsen viele Wahlen gewannen und sogar einen Prozess vor dem Oberlandesgericht

Da ich 23 Jahre PR-Vorsitzender blieb, habe ich an die 50 Personalräteschulungen bei ihm genossen, dieses Verb meine ich auch so.

Und wenn ich dachte, eine Steigerung sei nicht mehr möglich, dann kam noch eine Information, noch eine Schulung, noch ein Treffen zwischendurch. Inzwischen hatte er seine Funktion zu seiner Lebenseinstellung gemacht. Denn er füllte seine Aufgabe Tag u. Nacht. Morgens, wenn Weser-Ems noch schlief, war er Richtung Osnabrück unterwegs. Und abends, wenn alle schon vor J. R. Ewing oder G. Jauch saßen, war er noch unterwegs.

Auseinandersetzungen in der Fachgruppe BBS des SBPR ging er nicht aus dem Weg, die jeweiligen Kolleginnen für BBS im SBPR bestätigten es. Menschliche Schicksale von Kolleginnen und Kollegen berührten ihn tief – seine Anrufe bezeugten es.

Die Erfahrung ließ ihn persönlich wachsen, er wirkte ausgleichend, zeigte aber auch Durchsetzungsvermögen, er hielt Kurs für den BVN.

Diese intensive Tätigkeit brachte natürlich auch Macht und Einflussmöglichkeiten mit sich, viele Beförderte wissen das zu schätzen. Andere blieben grimmig zurück.

Die neuen Medien wusste er geschickt einzusetzen, der email-Briefkasten zeigte es.

Wenn er tatsächlich mal Zeit hatte, ging es Richtung Istrien zum Wohnwagen. Und Schlauchbootfahren auf der Adria, wie er sagt, durch glasklares Wasser – so wie er ist.

Für seinen neuen Lebensabschnitt wünsche ich ihm alles Gute. Aber er wäre nicht Peter, wenn er nicht noch ein bisschen helfen würde in der nächsten Zeit, sein Wissensschatz ist zu groß.

Eine Erfahrung wird auch er machen:

Wenn du alles weißt,
aber keiner mehr was wissen will,
dann bist du im Ruhestand!

Reent Müller

Unterrichtsentwicklung an der BBS Nienburg/Weser

An den Berufsbildenden Schulen des Landkreises Nienburg/Weser gibt es seit März 2003 eine *Projektgruppe Unterrichtsentwicklung*. Ziel der Unterrichtsentwicklung ist, die Qualität von Unterricht zu verbessern.

An den BBS Nienburg nahmen mittlerweile ca. 70 Kolleginnen und Kollegen an den Schulungsdurchgängen teil, das entspricht ca. 40 % des gesamten Kollegiums!

Die 4 Bausteine der Schulungen waren „Methoden-, Kommunikations-, Teamtraining“ und „eigenverantwortliches Arbeiten“. Das Gelernte wenden die Lehrerinnen und Lehrer in BVJ-, BGJ-, Berufsschul-, Berufsfachschulklassen und im Fachgymnasium an.

Da dieser Prozess nicht „von alleine“ läuft, wurde die Projektgruppe Unterrichtsentwicklung eingerichtet, die diesen Entwicklungsprozess organisiert und begleitet. Auch diese 12 Lehrerinnen und Lehrer wurden geschult z.B. in Projektmanagement, Teamentwicklung, Konfliktmanagement etc.

Die Projektgruppe bereitet in 14tägigen Treffen die Schulungen und Workshops vor, führt Lehrerbefragungen durch und wertet diese aus. Sie knüpft und hält Kontakt zu Moderatoren, zu anderen beteiligten Schulen, zur Schulleitung und zum Kollegium und „bereitet den Weg“ für diesen Entwicklungsprozess der Schule.

Im Schuljahr 2007/08 geht die Projektgruppe nun neue Wege: Da die Landesschulbehörde der BBS Nienburg keine Moderatoren zur Verfügung stellen konnte, kooperiert die Schule nun mit dem Landesinstitut für Schule in Bremen. Weitere 25 Lehrerinnen und Lehrer der Schule können nun methodisch fortgebildet werden. Die Finanzierung musste die Schule allerdings selbst vornehmen.

Die vier Bausteine bestehen aus 1,5 tägigen Schulungen mit den Schwerpunkten „Methodentraining und Teamarbeit“, „Projektmethode“, „SOL (selbstorganisiertes Lernen)“ und „kollegiale Hospitationen“. Ergänzend haben die Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit in eintägigen Workshops das Gelernte auf den eigenen Unterricht anzupassen.

Reiner Kochanke,
Mitglied der Projektgruppe
Unterrichtsentwicklung
an der BBS Nienburg/Weser

Neuer BVN-Sprecher im Bezirk Lüneburg

Am 10.10.2007 haben sich im Bezirk Lüneburg die Bezirksvorstandsvorsitzenden von BLBS, VLWN und VLAEH getroffen, um die Personalratswahl 2008 vorzubereiten und turnusgemäß einen neuen Sprecher des BVN im Bezirk Lüneburg zu wählen.

Die Runde der Bezirksvorsitzenden bedankte sich zunächst besonders bei dem bisherigen Sprecher Herrn Klaus Anderson, der u.a. wegen seiner Wahl zum stellvertretenden Landesvorsitzenden des VLAEH dieses Amt abgeben wollte. Die Vertreter der Verbände freuten sich aber Herrn Anderson wieder als Kandidaten für die Personalratswahl auf Bezirksebene gewinnen zu können. Alle Anwesenden hoffen, dass Herr Anderson seine erfolgreiche und engagierte Personalratsarbeit fortsetzen kann.

Als neuer Sprecher wurde einstimmig der Bezirksvorsitzende des BLBS Bezirk Stade, Herr Matthias M. Andreas gewählt.

Zu seiner Stellvertreterin wurde ebenfalls einstimmig Frau Dr. Annette C. Orth, stellvertretende Bezirksvorsitzende des VLWN, Bezirk Stade gewählt. Frau Orth wird zusammen mit Herrn Anderson als Spitzenkandidatin für die Personalratswahl 2008 kandidieren.

Wettbewerbsfähigkeit Amerika nach wie vor an der Spitze

Bildung: Problem sind hierzulande ungünstige Klassengrößen, ein verbesserungsbedürftiges Ausbildungswesen sowie die ungenügende Verfügbarkeit von Facharbeitern

Lausanne (fsu) Wie aus dem jetzt vorgestellten „World Competitiveness Yearbook 2007" hervorgeht, liegt die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands in der abermals von den Vereinigten Staaten angeführten Rangliste von 55 Staaten und Regionen im internationalen Vergleich auf Platz 16. In der vom International Institut for Managegement Development (IMD) im schweizerischen Lausanne herausgegebenen Vergleich, wird unter anderem als Schwachpunkt angesehen, dass Deutschland nicht als dauerhafter, von Abwanderung unbedrohter Standort für Produktion, Forschung und Entwicklung eingeschätzt wird.

In dem Teilindikator „Regierungseffizienz", mit dem die Fiskalpolitik und die allgemeinen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen gemessen werden, rangiert Deutschland auf Platz 23. Mit Blick allein auf die öffentlichen Finanzen belegt Deutschland einen hinteren Rang 43. Besser sieht es im Teilindikator „Infrastruktur" aus. Vor allem die hierzulande gedrosselten Telekommunikationskosten hätten dazu beigetragen, dass hier immerhin ein Platz 7 erreicht worden sei. Als Schwachpunkte würden in diesem Teilindikator jedoch die ungünstigen Klassengrößen in den öffentlichen Schulen sowie die ungenügende Verfügbarkeit von Facharbeitern gesehen.

Als Herausforderung für Deutschland werten die Ökonomen des IMD Deutschland unter anderem die Verbesserung des Ausbildungswesens sowie die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes bei weniger Regulierung. In den IMD - Index fließen 314 Kriterien mit gleicher Gewichtung ein, von denen zwei Drittel aus statistischen Daten und ein Drittel aus einer Umfrage unter rund 4000 Führungskräften gewonnen werden.

All diese Forderungen ähneln dem Aufruf der Bertelsmann Stiftung, deren neuer „Standort-Check" unserer ***Berufsbildung aktuell.*** vorliegt. In diesem seit 2004 erhobenen „Standort-Ranking" vergleicht die Bertelsmann Stiftung jährlich 21 große Industrienationen hinsichtlich Wachstum und Arbeitsmarkt.

„Wer eine Perspektive hat, lernt besser"

Wirtschaft will kleinere Klassen / IHK prämiert Schulen mit guten Noten

Frankfurt (fsu) Haupt-, Realschulen und Gymnasien bildeten nur ungenügend in den Fächern Technik, Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik aus. Dies sagt jetzt Matthias Gräßle, Geschäftsführer der hessischen Industrie- und Handelskammern. Zudem forderte er von der Landesregierung kleinere Klassen, mehr Lehrer, bessere Betreuung von Schülern und mehr Investitionen bei „Problemschulen" in sozialen Brennpunkten der Städte.

Gräßle, der zur Verleihung des IHK-Haupt- und Realschulpreises in Frankfurt sprach, beklagte, dass Hessen in vielen Bereichen der Bildung bundesweit lediglich im Mittelfeld liege. Die nicht ausreichende Förderung von Kindern und Jugendlichen schade unmittelbar den Unternehmen. Bei der Prämierung erreichte die Frankfurter Georg-August-Zinn-Realschule den ersten Platz. In der Bewertung der Hauptschulen lag die Darmstädter Diesterwegschule vorn. Als die Schüler motivierende Mittel hätten sich **individuelle Förderpläne für schwächere Schüler sowie die Einrichtung von „SchuB-Klassen" - Klassen mit hohem Praxisanteil – erwiesen, sagte Gräßle.** Volker Käpernick, Leiter der Diesterwegschule, brachte es in der Veranstaltung auf den Punkt: „Wer eine Perspektive hat, lernt besser.

Handwerkstag legt Wahlprüfsteine vor

(rb) Hannover. Wie schon bei früheren Landtagswahlen hat der Niedersächsische Handwerkstag (NHT) auf der Grundlage einer Umfrage unter seinen Mitgliedsunternehmen nach Zielen und Wünschen an die nächste Landesregierung Wahlprüfsteine vorgelegt. Schwerpunktmäßig tritt das Handwerk dabei für eine Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit und die Stärkung des dualen Systems ein.

Eine deutliche Mehrheit der Unternehmen spricht sich gegen vollzeitschulische Angebote berufsbildender Schulen aus. Gefordert werde vielmehr eine weitere Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen durch das allgemeinbildende Schulsystem. Wichtig ist dem Handwerkstag der weitere Abbau der Lohnzusatzkosten. Eine wesentliche Baustelle für die künftige Landesregierung sei deshalb der Einsatz auf Bundesebene für eine weitere Senkung der Sozialversicherungsbeiträge, z. B. des Arbeitslosenversicherungsbeitrages auf 3,2 Prozent. Notwendig sei auch eine Reform der gesetzlichen Unfallversicherung; Wegeunfälle und der Versicherungsschutz für Schwarzarbeiter müssten aus dem Leistungskatalog gestrichen werden. Sehr am Herzen liegt den Handwerkern eine mehr mittelstandsorientierte Wirtschaftspolitik. Dazu gehöre wegen der schwierigen Situation im privaten Wohnungsbau die Ausweitung des Steuerbonus für handwerkliche Leistungen sowie der Landesinvestitionen im Baubereich. Besonders wichtig sei aber auch die schrittweise Rückführung des Solidaritätszuschlags „auf Null“. Das dürfe angesichts steigender Steuereinnahmen kein Tabuthema mehr sein, forderte der Handwerkstag. Außerdem geht es darum, dass sich jede künftige Landesregierung „deutlich“ für faire Wettbewerbsbedingungen und gegen Lohndumping und Schwarzarbeit einsetzen soll. Arbeits- und Ausbildungsplätze könnten nur dann entstehen, wenn bestimmte Spielregeln eingehalten würden, sagte der Präsident des Handwerkstages, Karl-Heinz Bley. Dazu gehöre auch das Landesvergabengesetz und die strikte Anwendung der Vergabevorschriften durch alle niedersächsischen Kommunen. Der Verband habe festgestellt, dass viele Gemeinden glaubten, sich nicht mehr daran halten zu müssen, und durch mangelhafte Kontrolle das Anwachsen der Schwarzarbeit duldeten.

Aus: Rundblick Nr. 188 vom 17.10.07

Vorschläge von DIHK und IW zu dem Mangel an Ingenieuren

Der Mangel an Ingenieuren wird immer deutlicher: Nach dem jüngsten OECD-Bildungsbericht reichen hierzulande die Absolventen der ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge nicht aus, um die in den Ruhestand gehenden Ingenieure zu ersetzen. Daher fordern der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) verstärkte Aktivitäten für den naturwissenschaftlichen Nachwuchs.

DIHK-Präsident Ludwig Georg Braun spricht sich für „eine Bildungsoffensive für Ingenieure“ aus, das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) votiert für eine bessere naturwissenschaftliche Förderung der Kinder bereits im Vorschulalter.

„Mit Naturwissenschaft und Technik fangen wir in der Schule zu spät an und hören zu früh wieder auf“, so Ludwig Georg Braun und empfiehlt ein Unterrichtsfach Naturphänomene bereits in der Grundschule. Noch früher möchte das IW mit der technisch-naturwissenschaftlichen Ausbildung der Mädchen und Jungen starten - nämlich bereits im Kindergarten.

Einig sind sich DIHK und IW, dass Kindern so früh wie möglich Appetit auf die Naturwissenschaften gemacht werden muss, damit sie als junge Erwachsene ein entsprechendes Studienfach überhaupt in Betracht ziehen können.

Eine andere Bildungserziehung löst das aktuelle Problem natürlich nicht. Deshalb verweist Ludwig Georg Braun erneut auf die Notwendigkeit, den Arbeitsmarkt für qualifizierte Ausländer stärker zu öffnen.

Mehr über die Vorschläge von **DIHK** und **IW** kann auf den jeweiligen Webseiten gelesen werden.

lexisnexis.de, 25.09.2007

BLBS *Werden Sie Mitglied.*

Reisen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir möchten gern das gegenseitige Kennenlernen und die Kommunikation unserer Mitglieder untereinander fördern und Ihnen im Rahmen einer **berufsbezogenen Fachexkursion** einen Einblick in das Bildungswesen anderer Länder verschaffen. Aus diesem Anlass und auf Grund einer **Einladung des Beijing Institute of Education** laden wir Sie sowie Ihre Familienangehörigen, Freunde und Bekannten herzlich ein zur Teilnahme an unserer

Fachexkursion in den Osterferien nach PEKING

vom **10.3. – 17.3.2008** zum **Sonderpreis** von **995,- EUR** pro Person.
(zuzüglich Kerosinzuschlag 96,- EUR, Stand September 2007)

Das im Reisepreis eingeschlossene Fachprogramm (5. Reisetag) umfasst:

- Besuch des **Beijing Institute of Education,**
- Einführung in das **chinesische Bildungswesen,**
- Besichtigung der **„Beijing Qiushi Vocational School",**
  Gedankenaustausch mit chinesischen Lehrern.
  (Teilnehmer am Fachprogramm erhalten hierfür eine Bescheinigung)

Der Reisepreis schließt außerdem noch folgende Leistungen ein:

- **Flug** ab/bis Frankfurt mit modernen Linienmaschinen der **AIR CHINA** (Boeing 747) inkl. Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren,
  Auf Wunsch Rail&Fly - Bahnfahrt, 2 Kl. (auch IC/ICE-Benutzung) zum Flughafen Frankfurt/M. von/nach allen DB-Bahnhöfen, Mehrpreis 40,- EUR pro Person.
- **Transfers** in Peking (Flughafen-Hotel-Flughafen),
- **6 Übernachtungen** im **5*„Jade Palace" Hotel –** Internet Adresse: www.jadepalace.com.cn, Doppelzimmer mit Bad/WC, Klimaanlage, Minibar, Telefon, Radio, Sat.-TV;
- **Tägliches Frühstücksbüfett** (kalt/warm),
- **Qualifizierte, Deutsch sprechende Reiseleitung** in Peking,
- **Reiserücktrittskostenversicherung,**
- **Reisepreis-Sicherungsschein.**

Für diese Reise benötigen Sie einen bei Reisebeginn noch mindestens 6 Monate gültigen Reisepass. Das chinesische Visum besorgt der Reiseveranstalter GeoTours International GmbH.

Die Kosten hierfür betragen 40,— EUR pro Person. Impfungen sind nicht erforderlich.

Zusätzlich können Sie das komplette touristische **Ausflugsprogramm** des Reiseveranstalters zum günstigen Paketpreis von nur 150,- EUR pro Person buchen. Es enthält folgende Leistungen:

- Besichtigung **Kaiserpalast** („Verbotene Stadt") und **Himmelstempel** inkl. Mittagessen,
- Ausflug **Ming-Gräber** und **Große Mauer** inkl. Mittagessen,
- Ausflug zum **Sommerpalast**,
- Besichtigung **Lama**- und **Konfuzius**-Tempel,
- Tempel der **„Azurblauen Wolken"** und des **„Liegenden Buddha"**.

Da wir mit reger Beteiligung an dieser Sonderreise rechnen und die Teilnehmerzahl begrenzt ist, sollten Sie Ihre **Reiseanmeldung baldmöglichst** an die u. a. Anschrift einsenden. Wir werden Ihre Anmeldung an den Reiseveranstalter weiterleiten. Die Anmeldungen werden in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!
Mit freundlichen und kollegialen Grüßen

gez. Klaus Niedermeier - Vorsitzender -

Reiseanmeldung - bitte zurücksenden an:
BLBS – Bezirksverband Hannover Süd
c/o Klaus Niedermeier • Am schiefen Berge 10 • 31139 Hildesheim
oder per Fax 05121 / 26 84 50

Hinweise zur Reiseanmeldung:

Bitte füllen Sie die Reiseanmeldung vollständig und deutlich lesbar aus und kreuzen Sie evtl. Zusatzleistungen an. Geben Sie unbedingt auch Ihre Telefon-/Fax-Nr. für evtl. Rückfragen an. **Der unter 1. genannte Teilnehmer unterschreibt die Reiseanmeldung und erhält die Reisebestätigung/Rechnung sowie sämtliche Reiseunterlagen zugleich für alle mit aufgeführten Teilnehmer.** Mit Übersendung der Reisebestätigung/Rechnung sowie der Reisebedingungen und des Sicherungsscheins gilt die Anmeldung als angenommen. Ohne Widerspruch innerhalb von 10 Tagen nach Zugang (bzw. unverzüglich bei Buchung innerhalb von 6 Wochen vor Reisebeginn) kommt der Reisevertrag mit dem Reiseveranstalter zu diesen Bedingungen zustande.

Leistungen lt. Prospekt. Alle Preise gelten pro Person. **Teilnehmer-Name:** _____

Reiseveranstalter: **GeoTours International GmbH –** 53639 Königswinter, Am Basaltbrecher 40

Reiseziel	Reisetermin	Abflugort	Reisepreis
PEKING	**10.3. – 17.3.2008**	**Frankfurt/M.**	**995,- EUR**
	zuzüglich Kerosinzuschlag (Stand September 2007) 96,- EUR		

Zusatzleistungen	Mehrpreis
☒ **Visumbesorgung** (Formalitäten s. Reisebestätigung)	**40,- EUR**
❑ **Einzelzimmer** für Teiln.-Nr. _____	**220,- EUR**
❑ **Rail & Fly** – Bahnfahrt, 2. Kl., von/nach allen DB-Bahnhöfen zum Flughafen Frankfurt/M.	**40,- EUR**
❑ **Ausflugspaket:** 2 ganztägige Ausflüge inkl. Mittagessen + 3 halbtägige Ausflüge	**150,- EUR**

Aktuelles

Schulentwicklung

Feedbackkultur: Anspruch und Strategien

Mit dem folgenden Aufsatz veröffentlichen wir eine Reihe von Beiträgen zum Thema Schulentwicklung. Wir beginnen mit der Feedbackkultur, die eine der Voraussetzungen darstellt, um Schule zu einer mehr lebendigen Organisation umzuwandeln. Autor des Beitrags ist Bernd Wübbenhorst, der in seiner Eigenschaft als ProReKo-Geschäftsführer der BBS 3 Hannover zu wichtigen Themen der Schulentwicklung Stellung nimmt.

Hannover (bwü) Schülerinnen und Schülern sowie Mitarbeitern und Lehrkräften ein Feedback zu ihren Äußerungen, ihrem Verhalten und Handeln zu geben, trägt seit jeher einem positiven humanistischen Wertesystem Rechnung, in dem Vertrauen vor Kontrolle gesetzt wird. Ausgehend von der Überlegung, dass Kontrolle nicht restriktiv sein darf, Feedback somit konstruktiv ist und einzelne mentale Modelle respektiert werden, erfährt die kritisierte Person eine fürsorgliche, lösungsorientierte aber sehr wohl auch defizit- oder ressourcenbezogene Spiegelung, mit deren Hilfe sie sich besser einordnen kann.

Dieser bereits bei Schopenhauer in seinem Werk „Die Welt als Wille und Vorstellung“ enthaltene Ansatz ermöglicht eine optimale Wechselwirkung mit der Umwelt und der daraus resultierenden Selbstkonstruktion der Wirklichkeit. Weil bei dieser Selbstkonstruktion mit Hilfe positiv formulierter Kritik ein Annehmen der Kritik erleichtert wird, sollte in der Feedback – Kultur der Schule diese positive Herangehensweise zum Grundsatz erhoben werden, bei dem die jeweiligen Stärken der Personen der Ausgangspunkt sind. Diese Implementierung einer Feedbackkultur an einer Schule gelingt meines Erachtens am besten, wenn in der Führung einer Schule diese Kultur, z. B. in Mitarbeitergesprächen oder bei Konfliktlösungen, vorgelebt wird.

Je zeitnaher nun das Feedback – vor allem aus der Führung einer Schule - gegeben wird, desto wirksamer ist es. Darum ist es bedeutsam, dass die Feedbackphase in positiver Atmosphäre – sich Zeit nehmen, nicht abgelenkt werden, Zusammentreffen zum Gespräch von beiden Akteuren gewollt – stattfindet. So bleibt der Einfluss eventuell negativer Emotionen gering. Auch die beratende Person sollte ein Feedback erwarten können, denn sie braucht eine Rückmeldung zur eventuellen Korrektur zukünftiger Gespräche. Die technischen Mittel zur Unterstützung von Feedback - zum Beispiel Videoaufnahmen - sollten jedoch sehr vorsichtig eingesetzt werden, um den Eindruck des „Vorführen - Wollens“ auszuschließen. Schriftliche Notizen wären jedoch nützlich, da sie zur Versachlichung dienen und ein Datenfeedback besser zulassen.

Kommentar

Jugendliche suchen ein Zuhause

Gebührenfinanzierte Sender Wenig Platz für junge Leute

Von Friedrich Susewind

Köln (fsu) Tag der deutschen Einheit im September 2007, 18.30 Uhr: Der WDR bringt zur besten Zeit neben seiner wöchentlich ausgestrahlten Serie „Tiere suchen ein Zuhause" einen Beitrag aus den neuen Bundesländern - über vernachlässigte Hunden und Katzen. Und der Tierpsychologe beklagt in der Sendung, das Hauptproblem sei oft der Mensch.

Dies mag sein, es gilt aber auch: Viele Zuschauer öffentlich-rechtlicher Programme haben Haustiere und da muss wohl diesen gebührend Rechnung getragen werden. Schon der Kölner Schriftsteller Heinrich Böll hatte dies Geschäft mit den Tieren im WDR belächelt. In der Satire „Dr. Murkes gesammeltes Schweigen" aus dem Jahre 1957 gibt der Intendant, „der jeden Hörerbrief gewissenhaft las", dem für die Abteilung „Kulturwort" zuständigen Redakteur die robuste Anweisung: „Innerhalb der nächsten drei Wochen möchte ich eine Sendung über die Hundeseele haben!"

Mittlerweile sind 50 Jahre vergangen und die „Hundeseele" hat heute in öffentlich- rechtlichen Programmen einen festen, wöchentlichen Sendeplatz. Dies kann man von unseren Jugendlichen nicht gerade behaupten. Der mediale Focus richtet sich doch meist nur dann auf sie, wenn´s um die quotenträchtige Nachricht geht. Dann kommt der große Tross für eine Reportage auch in die hinterste Ecke unserer Region. Was unsere Kinder betrifft, so haben die Ersten und Zweiten Programme ihre Kindersendungen kürzlich in den Kinderkanal verschoben und damit nun nichts mehr zu tun. Auch die Telekollegs - zum Beispiel zum Erlernen von Sprachen - sind hier vor Jahren trotz erheblicher Proteste ersatzlos gestrichen worden, während den asiatischen Ländern im Bildungswesen nichts zu teuer ist.

Im aufstrebenden Taiwan - 70 Prozent aller weltweit vertriebenen Notebooks werden inzwischen hier produziert - lässt der Staat zum Beispiel kleine englische Dörfer nachbilden, um darin audiovisuell unterstützten Sprachunterricht zu erteilen. So wandelt sich „Made in Taiwan" auf leisen Sohlen von einem billigen Plagiat zu einem Markenzeichen, auch in der beruflichen Bildung. Hierzulande wird indessen kaum bemerkt, dass sich die Verantwortlichen von ARD und ZDF in ihren Programmen vom Bildungssektor immer mehr zurückziehen und neue Spartenkanäle anvisieren, während sie die Zeitfenster für eigene Programmvorschau, Unterhaltung und Werbung bei 7 Milliarden Euro Gebührenaufkommen jährlich vergrößern.

Aber auch in gebührenfinanzierten Hörfunksendern wie dem Deutschlandfunk (DLF), bleiben unsere Heranwachsenden ziemlich außen vor. Zwar gibt es hier die Sendung „Campus und Karriere", aber diese wendet sich hauptsächlich an Studierende. Für Auszubildende und solche, die es werden wollen, sieht es auch im renommierten DLF eher bescheiden aus. Ein Blick in das Sendeprogramm des monatlich herausgegebenen DLF- Magazins zeigt diese Orientierung am humbold´schen Bildungsideal deutlich. Zwar strahlt der Sender über junge Leute regelmäßig Diskussionsrunden aus. Diese haben aber einen vorwiegend akademischen Charakter. So zum Beispiel beim Thema : Warum Hauptschulen? In diesen Foren werden altbekannte Argumente oft wiederholt debattiert und manch ein wirtschaftsferner Pädagoge glaubt dort allen Ernstes, die bloße Abschaffung der in´s Gerede gekommenen Hauptschule sei des Rätsels Lösung. Aber, was noch viel schlimmer ist: In diesen Sendungen wird nur über die Jugendlichen geredet – und selten mit ihnen.

Mit den Jugendlichen in´s Gespräch kommen da schon eher die kleinen, privaten Sender in der Region, die zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen zur Essener WAZ - Zeitungsgruppe gehören. Neben ihnen haben aber auch die früher von vielen Zeitungsmachern belächelten Anzeigenblätter in den Städten und Kreisen mittlerweile einen überwiegend guten redaktionellen Teil, in dem unsere Heranwachsenden gemeinsam mit den Anliegen von Kammern, Betrieben, Berufsschulen und Hochschulen bestens zu Wort kommen. Individuellen Zuspruch erfahren unsere Jugendlichen aber auch über jene Privaten, die sich fernab der großen Printmedien und des gebührenfinanzierten Fernsehens einsetzten. So gründete der Buchhändler Otto Stender als Senior den erfolgreich agierenden Verein „Mentor – Die Leselernhelfer". Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff übernahm die Schirmherrschaft. Diesen kleinen, flexiblen Schnellbooten gehört offenbar in den Sparten die Zukunft, während die großen und trägen Dampfer derzeit am Ziel, mehr Bildung und Wirtschaft in ihre Programme aufzunehmen, vorbei rauschen.

Rasch sollten die öffentlich- rechtlichen Sender – auch über internetfähige Programmfelder - das in Sachen ökonomische Bildung aufgegebene Terrain zurückgewinnen, wollen sie verhindern, dass die Privaten in der Lern- und Wissensgesellschaft tonangebend werden. Viele Privatschulen gehören schon zu diesen Gewinnern. „Schon GEZahlt?" Auf diesen „Werbeslogan" der wenig geliebten KEF- Behörde reagieren bereits heute zu viele Jugendliche mit einem „Wofür?"

Schluss der Debatte

(rb) Die Entscheidung der Landesregierung, von dem strikten Verbot abzurücken, in Niedersachsen neue Gesamtschulen zu gründen, ist richtig. Warum Ministerpräsident Christian Wulff und nicht Kultusminister Bernd Busemann die Gesetzeslockerung angekündigt hat, ist ebenso sekundär wie der Zeitpunkt der Kurskorrektur. Entscheidend ist das Signal, das damit ausgesandt werden sollte: Schluss mit Schulstrukturdebatten! Schön wäre es, wenn sich jetzt alle Beteiligten daran hielten und sich mehr um Inhalte kümmerten. Natürlich funktioniert das nicht von heute auf morgen nach all den Jahrzehnten, in denen auf den Rücken von Eltern und Schülern in Deutschland geradezu fanatisch Grabenkämpfe geführt wurden um das vermeintlich einzig richtige Schulsystem.

Erschwerend kommen Wahlkämpfe wie in Niedersachsen hinzu. Sie wirken wie Jungbrunnen für gut abgehangene, fruchtlose bildungspolitische Diskussionen: SPD und Grüne haben ihre alten Gesamtschulideologien für alle einfach umgetauft in „Neue“ oder „Gemeinsame“ Schule und ziehen damit munter in den Wahlkampf. Aber auch Kultusminister Busemann bringt seine Kreation, die „Eigenverantwortliche Schule“, gern als Bollwerk gegen den integrativen Einheitsbrei der Opposition oder die abweichende Schulpolitik anderer Bundesländer in Stellung. Wenn das keine Strukturdebatte ist? Dabei könnte sich Busemann entspannt zurücklegen und auf eine beeindruckende Bilanz verweisen: Sprachförderung und frühkindliche Bildung an den Start gebracht, Hauptschulen nahezu flächendeckend im Ganztagsbetrieb, Schulverwaltung entrümpelt, Qualitätssicherung eingeführt, Schulleitungen und Lehrer auf Trab gebracht.

Unabhängig davon, wie die Landtagswahl Ende Januar ausgeht, auch in Niedersachsen stehen drängende Aufgaben an, denen sich die Bildungspolitiker aller Parteien samt der einschlägigen Lehrergewerkschaften und –verbände jetzt stellen müssen: Die flächendeckende Ganztagsschule muss so schnell wie möglich Realität werden, damit die soziale und kulturelle Herkunft von Kindern kein Bildungshemmnis bleibt. Die reale Unterrichtsversorgung muss besser, der Unterricht differenzierter werden. Wir brauchen Lehrer, die ihren Beruf aus Neigung ausüben und ihn mehr denn je auch als soziale Aufgabe begreifen. Gewalt an den Schulen, die mangelhafte Integration von Migrantenkindern und ihrer Eltern, das massenhafte Schulversagen von Jungen sind keine Randthemen, sondern bergen Sprengstoff, der schnell entschärft werden muss.

Dafür wird Geld benötigt, das mit sinkenden Schülerzahlen nicht aus den Bildungsetats verschwinden darf und in zusätzliches Personal investiert werden muss. Dafür lohnt es sich zu streiten.

bri Aus: Rundblick Nr. 188 vom 17.10.07

Rezension

Busemann, Oelkers, Rosenbusch (Hrsg.):

Die Eigenverantwortliche Schule – ein Leitfaden – Konzepte, Wege und Akteure –

Hannover (fsu) „Der eine wartet, dass die Zeit sich wandelt, der andere packt kräftig an und handelt“, sagt Algherti im Italien des 15-ten Jahrhunderts. Heute gehört zu diesen erfolgreichen Anpackern auch der niedersächsische Kultusminister Bernd Busemann, der soeben eine „Praxishilfe“ zur „Eigenverantwortlichen Schule“ gemeinsam mit dem renommierten Zürcher Pädagogikprofessor Dr. Oelkers und dem Bamberger Schulmanagementfachmann Prof. Dr. Rosenbusch im Luchterhand-Verlag herausgegeben hat.

Reformtempo hin – Reformtempo her: Niedersachsen ist immerhin das erste Bundesland, das nicht nur all seine Schulen in den Status der Eigenverantwortlichen Schule überführt hat, sondern diesen zugleich auch eine wertvolle Hilfe als Lektüre dafür an die Hand gibt, wie Schulleitungen, Kollegien, Schulvorstände und Schülervertreter diese neue Freiheit nutzen können.

Zugegeben, 31 Beiträge verschiedener Autoren sind in dem 286 Seiten umfassenden Werk nicht gerade wenig. Da mag sich sicher der eine oder andere Verfasser gern im Autorenteam wiedergefunden haben, anstatt einmal sehr praxisverbunden in die Schülerschaft und die Studienseminare hineinzuhören, was denn unsere jungen Leute heute so von ihrer Schule halten und an welchen Stellen es an der Bildung hapert. Und dieser Beitrag fehlt eigentlich auch, er wird sicher in einer zweiten Auflage enthalten sein. Aber dennoch ist dies Buch aus einem Guss, da sich die Autoren in ihrem gemeinsamen Bemühen, Schulen zunächst einmal von unnötigen bürokratischen Zwängen befreien zu wollen, sehr einig sind. Und so kommen doch von allen Seiten wertvolle Anregungen, wie die neuen Kompetenzen zur Verbesserung der Schulqualität genutzt werden könnten.

Aber, wohin geht die Reise in der Bildung, soll sie denn erfolgreich verlaufen? Jürgen Oelkers - wir berichteten vor einem Jahr in unserer Ausgabe Nr. 251 über eine Veranstaltung mit ihm - bringt es gleich auf Seite 20 auf den Punkt: „Von den Schülerinnen und Schülern muss die Schule getragen werden. Sie sind letztlich die entscheidenden Akteure der Reform.“ Aber auch für Bernd Busemann beginnt der Wandel zuvorderst in den Köpfen und muss den von Bildung betroffenen Schülerinnen und Schülern dienen. So resummiert er auf Seite 10: „Und ich bin sicher, dass alle (von unserer Reform) profitieren werden, Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Eltern und das ganze Land.“

Sehr bezeichnend für die nicht einfache Situation, in der die mit mehr Befugnissen versehenen Schulleiter sind, ist der aufschlussreiche und für die Praxis gut brauchbare Beitrag von Hans-Jürgen von Maercker, Leiter der Halepaghen - Schule in Buxtehude, ein allgemein bildendes Gymnasium. Sein ansprechendes Essay, das in gekürzter Form ins Feuilleton großer Tageszeitungen gehörte, beginnt mit den Worten: „Ich gestehe: Als ich zum ersten Mal hörte, dass ein Schulprogramm zur Pflicht werden könnte, kam mir für einen winzigen Moment der Gedanke, es allein zu schreiben, um die Arbeitskraft des Kollegiums nicht in Anspruch zu nehmen." Ehrliche Worte eines Schulleiters, der sicher noch im Kopf hatte, wie arbeitsintensiv es früher oft einmal war, bestimmte Vorhaben über die Allzuständigkeit großer Gesamtkonferenzen herbeizuführen. In dem spannend wie informativ zu lesenden Beitrag schildert Hans-Jürgen von Maerker, wie es ihm und seiner Crew gelang, die Schule sehr zielführend in das richtige Fahrwasser zu bringen.

Von einer „Schatzsuche statt Defizitfahndung" spricht denn auch Heinz S. Rosenbusch und er plädiert sehr einleuchtend für eine Überwindung unseres verwaltungsgeprägten Schulsystems, in dem nicht nur der Unterricht selbst, sondern auch die Schuladministration darauf spezialisiert sei, „Missstände aufzudecken, Fehler zu identifizieren, Fehlverhalten entgegen zu treten. Dabei sei es doch nicht nur angenehmer, sondern auch erfolgreicher, von positiven Ereignissen, Merkmalen und Leistungen auszugehen. Rosenbusch rät, diese Schatzsuche zum durchgängigen Prinzip für die Schulleitung und für die Lehrkräfte beim Umgang mit ihren Schülerinnen und Schülern zu erheben. Unter dem Gesichtspunkt der Schatzsuche seien regelmäßig „politische Fischzüge" durchzuführen, mit denen wichtige Bündnispartner für die Schule, aus der Politik, den Wirtschaftsunternehmen, dem Stiftungswesen und der Publizistik ins Boot geholt werden könnten.

Dabei macht „die moderne Führung einer Schule auch die Förderung der persönlichen Entwicklung der Lehrkräfte erforderlich", heißt es im Beitrag des Schulrechtsexperten Peter Bräth. Er rät den Personalvertretungen Eigenverantwortlicher Schulen, sich aus den überkommenen Mitwirkungsstrukturen des Personalvertretungsrechtes zu befreien. Auch brauche die stets geforderte Transparenz nicht immer Gesamtkonferenzsitzungen. Für Kommunikationsprozesse innerhalb der Schule böten sich auch eine Reihe anderer zu vereinbarender Formen an. So könnten Mitglieder der Schulgemeinschaft auch über Aushänge, Internetforen o. Ä. regelmäßig informiert werden und sich austauschen.

Dass die zunehmend bedeutsamer werdende berufliche Bildung mit ihren Berufsbildenden Schulen als duale Partner von Industrie, Handel und Handwerk in dem vorliegenden Werk eigentlich nur in wenigen der von über 40 Autoren verfassten Aufsätze explizit vorkommt, sollte nicht unerwähnt bleiben. Das mag wohl auch daran liegen, dass Berufsschullehrer von Hause aus eher Pragmatiker sind und sich weniger als Autoren verstehen. Aber dennoch gehört auch dies Klappern zum Handwerk und es wäre zu wünschen, dass in einer zweiten Auflage mehr über die Weiterentwicklung der berufliche Bildung insgesamt zu erfahren ist, als es jetzt im Blick auf die 19 ProReKo- Schulen der Fall ist, deren 5-jähriger Modellversuch „Projektgruppe Regionales Kompetenzzentrum" mit Ablauf des Jahres beendet ist.

Lesen Sie in der nächsten Ausgabe dieser Zeitung unsere Rezension des von Peter Bräth, Manfred Eickmann und Dieter Gallas neu überarbeiteten Standardkommentars zum Niedersächsischen Schulgesetz.

Friedrich Susewind

Geburtstag

60 Jahre

Meinert	Peter	Salzgitter	01.01.1948
Twietmeyer	Karl-Heinz	Osnabrück	04.01.1948
Hartmann	Wolfgang	Hameln	31.01.1948
Kandora	Paul	Wolfenbüttel	05.02.1948
Schwerdtfeger	Friedrich	Hildesh. Marienburg	11.02.1948
Welp	Udo	Verden	13.02.1948
Gatzka	Manfred	Lüneburg	20.02.1948
Frey	Ortrud	Osterode	22.02.1948
Koch	Günther	Osterode	22.02.1948
Rittmeister	Friedrich-Wilh.	Einzelmitglied	23.02.1948
Schendzielarz	Joachim	Neustadt am Rbg.	29.02.1948
Mischok	Dietrich	Oldenburg	05.03.1948
Kroiß	Rüdiger	Bremervörde	06.03.1948
Arens	Heinz	Oldenburg	11.03.1948
Pietsch	Peter	Rinteln	11.03.1948
Aschenbrandt	Helmut	Göttingen	13.03.1948
Peters	Erich	Aurich	15.03.1948
Wolframm	Kurt	Burgdorf-Lehrte	22.03.1948

65 Jahre

Ludz	Gernot	Hameln	09.01.1943
Lohse	Eckhard	Braunschweig II	09.01.1943
Schenk	Hermann-G.	Papenburg	09.01.1943
Coldehoff	Josef	Bersenbrück	08.02.1943
Schnake	Gunter	Hildesh. Marienburg	16.02.1943
Katthöfer	Uwe	Lüneburg	28.02.1943
Rieken	Egon	Meppen	28.02.1943
Voigt	Hildebrand	Gifhorn II	18.03.1943

70 Jahre

Schroeder	Rüdiger	Soltau	08.01.1938
Heinrich	Dieter	Wittmund	13.02.1938
Ladwig	Jürgen	Stadthagen	21.02.1938
Drews	Gerhard	Osterholz-Scharmb.	01.03.1938
Schmidt	Udo	Wesermarsch	10.03.1938
Birkle	Dieter	Leer	14.03.1938
Jansen	Horst	Hannover ME	22.03.1938

75 Jahre

Lindel	Franz	Salzgitter	06.01.1933
Schmidt	Hannelore	Hannover 21	10.01.1933
Patzke	Werner	Hannover ME	29.01.1933
Decker	Willi	Hannover 3	24.02.1933
Gause	Helmut	Göttingen	27.02.1933
Müller-Dormann	Gisela	Wolfsburg	11.03.1933
Övermöhle	Heinz	Papenburg	20.03.1933

80 Jahre

Theilen	Gerhard	Oldenburg	19.01.1928
Dybus	Gerhard	Hannover ME	25.01.1928
Schäffer	Peter	Springe	09.02.1928
Pellens	Elisabeth	Hameln	06.03.1928
Südmersen	Karl-Heinz	Neustadt am Rübenbg.	13.03.1928

Richter	Erika	Hildesh. Marienburg	24.03.1928
Sauer	Gerhard	Hannover 2	26.03.1928

Älter als 80

Petzsch	Helmut	Einzelmitglied	03.01.1917
Rathmann	Erwin	Oldenburg	03.01.1920
Krueger	Gisbertha	Gifhorn II	14.01.1923
Pallapies	Hartmut	Osnabrück	23.01.1924
Reschke	Paul	Hameln	26.01.1924
Bertermann	Günter	Osnabrück	18.01.1925
Spangenberg	Annemarie	Einzelmitglied	16.01.1927
Katenkamp	Lore	Oldenburg	22.01.1927
Mevenkamp	Wilhelm	Meppen	30.01.1927
Bornschein	Herbert	Hannover 2	03.02.1920
Haselau	Wolfgang	Hannover ME	13.02.1922
Timmler	Ilse	Lüneburg	03.02.1924
Müller	Hans	Braunschweig II	17.02.1924
Bormann	Erich	Goslar	19.02.1925
Otten	Harald	Wilhelmshaven	04.02.1926
Müller	Kaspar	Osnabrück	08.02.1926
Spille	Rolf	Delmenhorst	04.02.1927
Knorre	Felicitas	Lüneburg	27.02.1927
Baur	Ilse	Rinteln	17.03.1910
Koeltz	Sabine	Salzgitter	15.03.1917
Gerecke	Karl-Heinz	Braunschweig II	28.03.1920
Bruns	Helmut	Lüneburg	15.03.1922
Rust	Karl-Heinz	Braunschweig II	08.03.1923
Rasch	Oswald	Holzminden	23.03.1923
Brunken	Günther	Peine	25.03.1924
Buerig	Horst	Braunschweig II	04.03.1925
Hardekopf	Werner	Hannover 3	04.03.1925
Gierow	Horst	Nienburg	10.03.1925
Simon-Just	Edith	Lüneburg	19.03.1925
Hillmar	Hans-Werner	Soltau	02.03.1926
Gräper	Erich	Walsrode	26.03.1926
Tschiedert	Margund	Springe	27.03.1927
Scholz	Klaus	Osnabrück	27.03.1927
Awiszus	Martin	Braunschweig V	31.03.1927

Abschied

StR'in a.D. Anneliese Rückner * 05.05.1910 † 12.09.2007
Bezirk Hannover-Süd Ortsverband Hildesheim-Marienburg

L.f.F. a.D. Jürgen Henning * 09.07.1937 † 01.11.2007
Bezirk Lüneburg Ortsverband Uelzen

Aufgelesen

Pädagogische Wermutstropfen in der GEW - Zeitschrift

Ein BBS - Schulleiter und seine neue Profession

Von Friedrich Susewind

Hannover (fsu) „Cuxhaven startet durch" titelten wir in unserer Juli- Ausgabe 2005, Nr. 247 und berichteten über den sehr erfolgreichen ProReKo – Prozess an den berufsbildenden Schulen in der aufstrebenden Stadt im Norden. Diese Schule mit ihrem Leiter Diether Brandenburg beteiligt sich an dem landesweiten Modellversuch, „Projektgruppe Regionales Kompetenzzentrum". Schon damals stellte Brandenburg einen Verwaltungsleiter ein, um sich den Rücken für seine pädagogische Arbeit freizuhalten. „Schwungvoll geht es hier voran. Auch die Schüler sind dabei mit im Boot", schrieben wir seinerzeit im Vorspann.

Mit unseren jungen Leuten hat jedoch Schulleiter Siegfried Leicht, BBS Bersenbrück, der jetzt ebenfalls einen Verwaltungsleiter einstellte, nun nicht mehr sehr viel direkten Kontakt. Dies geht aus der November-Ausgabe der Gewerkschaftszeitung „Erziehung und Wissenschaft" (GEW) hervor, die mit Oberstudiendirektor Leicht in der Schlagzeile aufmachte *„Schulleitung* Pädagoge und oder Manager".

Er verstehe sich eher „als Netzwerker, Ideengeber und Projektleiter", sagte Leicht und betonte, Unterrichtsverpflichtungen habe er bereits sei zwei Jahren nicht mehr. Wenn er Schulleitung als strategische Aufgabe sehen wolle, dann könne er „nicht eben mal von einem Gespräch in den Unterricht stürzen". Dass dem Berufspädagogen eine bauliche Maßnahme im Budget seiner Schule im Einzelfall wichtiger sei, als eine Lehrerstelle, bekundete er denn ebenfalls noch in der Gewerkschaftszeitung: „Wenn wir zum Beispiel das Geld nicht haben, um geräuschdämpfende Decken einzuziehen, dann könnte ich sagen: …wir besetzen eine Lehrerstelle ein Viertel Jahr später und finanzieren davon die bauliche Veränderung."

Und auch der Bersenbrücker Personalratsvorsitzender Escher meldet freie Fahrt voran und betont dabei , dass es zu wenig „Anrechungsstunden" für Personalräte gäbe. Bei Personalräten „anderer Schulen" beobachte er jedoch eine hohe Fluktuation im Personalrat, die sich aus „einer möglicherweise konfliktträchtigen Auseinandersetzung mit dem Schulleiter verabschieden - etwa mit der Befürchtung, bei der nächsten Beförderung nicht berücksichtigt zu werden".

Damit werfen die Akteure in der GEW- Zeitschrift merkwürdige Schatten auf unsere berufspädagogische Profession - wenn auch Schulleiter Leicht abschließend wohl zurecht fordert, dass ein Schulleiter unbedingt ein ehemaliger Lehrer sein müsse, „weil er sonst überhaupt nicht genug zu schätzen weiß, wie schwer diese Aufgabe ist."

Wir informieren

Was erwarten die Betriebe von der Berufsschule ?

Die Berufsschule in Altötting will im kommenden Ausbildungsjahr ein modulares Unterrichtskonzept ausprobieren. Dadurch sollen die Angebote der Berufsschule im Rahmen eines Projekts „Profil 21 – Projekt Berufliche Schulen im 21. Jahrhundert" besser an die tatsächlichen Anforderungen der Betriebe abgestimmt werden.

Das modulare Unterrichtskonzept teilt die Schüler in zwei Gruppen ein:

- Qualität vor Quantität: es werden nur Standardinhalte vermittelt, der Schüler -(die Schülerin) bekommt ausreichend Zeit,- um so unverzichtbares Kernwissen in ausreichender Zeit zu erwerben.
- Leistungsstärkeren Schüler (Schülerinnen), die auf Vorwissen zurückgreifen können, wird im dritten Ausbildungsjahr ein Angebot gemacht, Zusatzwissen zur Spezialisierung zu erwerben. Dabei werden insbesondere die Wünsche und die Bedürfnisse der Ausbildungsbetriebe durch Umfragen berücksichtigt.

Die Umfrage erfolgt über das Internet.

www.bsaoe.de (auf den E-Blitz klicken)

Der Einstieg zur Abkehr von Lernfeldern? Mit Modulen in eine bessere Zukunft ?

Schreiben Sie uns Ihre Meinung!

Lehrer müssen Lehrmittel nicht von ihrem Gehalt bezahlen

Münster/Berlin (dpa/tmn) - Lehrer können nicht dazu verpflichtet werden, Unterrichtsmittel von ihrem Gehalt zu bezahlen. Das ergibt sich aus einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Münster (Az: 6 B 1880/06).

Darauf weist der Deutsche Anwaltverein in Berlin hin. In dem Fall war ein Lehrer von der Schulverwaltung aufgefordert worden, seine Lehrmittel für den Englischunterricht auf eigene Kosten anzuschaffen. Zuvor hatte es die Schulkonferenz abgelehnt, dem Lehrer das benötigte Material aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung zu stellen. Dagegen klagte der Betroffene.

Das OVG gab ihm Recht: Für eine solche Anordnung des Dienstherrn fehle die rechtliche Grundlage. Auch wenn in der Vergangenheit Lehrkräfte häufiger Unterrichtsmaterial aus eigener Tasche bezahlt hätten, ergebe sich daraus kein Gewohnheitsrecht. Ebenso lasse sich ein solches Recht nicht mit der Tatsache begründen, dass Lehrmittel steuerlich als Werbungskosten abgesetzt werden können. Das Gehalt eines Beamten sei nicht dazu bestimmt, Arbeitsmittel zur Dienstausübung anzuschaffen, so die Richter.

General-Anzeiger, 24.09.2007

Bundesfinanzhof hat verfassungsrechtliche Zweifel an der Regelung zur Entfernungspauschale

Erste Erfolge für den dbb und seine Mitglieder

Der Bundesfinanzhof hat mit jetzt veröffentlichtem Beschluss vom 23. August 2007 (VI B 42/07) ernstlich bezweifelt, ob das ab 2007 geltende Abzugsverbot des § 9 Abs. 2 EStG für die ersten 20 Kilometer zwischen Wohnung und Arbeitsstätte verfassungsgemäß ist. Zu Recht kann sich damit der Deutsche Beamtenbund in seiner Auffassung als bestätigt ansehen, der diese Regelung bereits in seiner damaligen Stellungnahme zu dem entsprechenden Gesetzentwurf als nicht verfassungskonform bezeichnet hatte. Dem entsprechend hatte er auch Mitgliedern – so auch Mitgliedern unseres Verbandes – Rechtsschutz gewährt, wenn sie sich gegen die Kürzung der Entfernungspauschale mit rechtlichen Möglichkeiten wehren wollten.

Die Antragsteller hatten im Rahmen der Lohnsteuerermäßigung 2007 beantragt, Aufwendungen für die Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte in voller Höhe als Freibetrag auf der Lohnsteuerkarte einzutragen, wobei sie die volle Entfernung von 61 Kilometern ansetzten. Das Finanzamt ermittelte den Freibetrag entsprechend der ab 2007 geänderten Gesetzeslage und kürzte die Entfernung um 20 Kilometer.

Nach Meinung des BFH ist es offensichtlich, dass die Kosten der Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte für den Antragsteller – jedenfalls nach bisherigem Verständnis – beruflich veranlasst sind. Diese seien zur Erwerbssicherung unvermeidlich, da – falls sich der Erwerbende nicht zu seiner Arbeitsstelle begebe – er nichts verdiene. Ebenso wurde die Entscheidung der Vorinstanz (Niedersächsisches Finanzgericht vom 2. März 2007, 7 V 21/07), die beantragte Aussetzung der Vollziehung und den beantragten Freibetrag in voller Höhe einzutragen, bestätigt.

Der Beschluss des BFH hat keine vorentscheidende Wirkung auf die Hauptsache. Der BFH weist dementsprechend auch darauf hin, dass es hinsichtlich der Beurteilung der Verfassungsmäßigkeit unterschiedliche Einschätzungen gäbe. Während das Niedersächsische Finanzgericht und das FG des Saarlandes die Neuregelung der Entfernungspauschale als verfassungswidrig angesehen haben und nach Art. 100 Abs. 1 GG dem Bundesverfassungsgericht zur Überprüfung vorgelegt haben, kamen das FG Baden-Württemberg, das FG Mecklenburg- Vorpommern und das FG Köln zu einer gegenteiligen Auffassung. Diese hielten die Neuregelung der Pendlerpauschale als mit dem Grundgesetz vereinbar.

Jugendkriminalität Mehr Schutz und Sicherheit für Schüler

Schulen in Nordrhein-Westfalen werden verpflichtet, Straftaten polizeilich anzuzeigen

Düsseldorf (fsu) Nach Angaben des Innenministeriums werden viele auf dem Schulgelände und innerhalb der Schule begangene Straftaten mit Blick auf den eigenen Ruf der Schule und aus falscher Rücksichtnahme auf Betroffene häufig nicht von den Schulen angezeigt. Dazu gehörten auch schwere Taten wie Körperverletzung, Drogendelikte oder das so genannte „Abziehen" an den Schulen. Dem soll nun entgegengewirkt werden.

Schüler, die sich an einen Lehrer wendeten, brauchten die Sicherheit, dass er sie schütze, sagte jetzt Schulministerinerin Barbara Sommer(CDU). Nur so könne den Opfern wirkungsvoll geholfen werden. Ein neuer Erlass sieht vor, dass die Schulen verpflichtet werden, von Schülern begangene Straftaten anzuzeigen. Umgekehrt werde die Polizei die Schulen über kriminelles Verhalten, ihrer Schützlinge außerhalb des Schulbereichs informieren.

Im Gespräch mit unserer ***Berufsbildung aktuell.*** hieß es aus dem Innenministerium, mit einer konsequenteren Zusammenarbeit von Schulen, Polizei und Justiz werde die NRW-Landesregierung die Jugendkriminalität eindämmen. Die erstmalig in Nordrhein- Westfalen für alle Schulen verfasste Richtlinie soll vor allem Rechtssicherheit für Lehrer schaffen. Dabei stellen und benennen die drei Instiutionen Schule, Polizei und Staatsanwaltschaft jeweils eigene Ansprechpartner in Sachen Straftaten Jugendlicher. Auch an die Jugendämter werde appelliert, sich dem Informationssaustausch anzuschließen, betonte das Innenministerium des Landes NRW gegenüber unserer Zeitung.

Fachkonferenz zur Jugendgewalt

(rb) Hannover. Mit der aktuellen Entwicklung der Jugendgewalt hat sich eine Fachkonferenz beschäftigt, zu der Innenminister Uwe Schünemann am Montag etwa 170 Experten eingeladen hatte.

Nach der Kriminalstatistik ist die Jugendkriminalität zwar in den vergangenen Jahren relativ gleich geblieben, allerdings hat sich in ganz Deutschland deren Qualität deutlich verändert und die Zahl der Rohheitsdelikte (Körperverletzungen, Raub, Bedrohung, Nötigung), die häufig unter Alkoholeinfluss in der Gruppe öffentlich begangen werden, drastisch erhöht – von rund 5000 auf 10 000 Delikte in den vergangenen zehn Jahren allein in Niedersachsen. Zum Teil ist diese Steigerung auf die erhöhte Anzeigebereitschaft der Bevölkerung zurückzuführen und auf die zunehmend erfolgreiche Ermittlungsarbeit der Polizei, sagte Schünemann, äußerte allerdings gleichzeitig seine Sorge über das hohe Gewaltpotenzial mancher Jugendlicher. Er bezeichnete den Kampf gegen Jugendgewalt als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für die es gemeinsamer Anstrengungen aller Kräfte bedürfe. Er verwies auf die Weichenstellungen in Niedersachsen in den vergangenen fünf Jahren: u.a. eigene Fachkommissariate für Jugendsachen, Präventionsteams in den Polizeiinspektionen, Meldepflicht für Gewalttaten an Schulen sowie die gerade erst eingeführten „vorrangigen Jugendverfahren", mit denen die staatliche Reaktion auf jugendliches Fehlverhalten möglichst auf dem Fuße – innerhalb von sechs Wochen – erfolgt.

Aus: Rundblick Nr. 207 vom 13.11.07

Wehrdienst hat Vorrang vor beruflicher Bildung

(rb) Hannover. Die Zentralstelle für Schutz und Recht der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen (KDV) im niedersächsischen Bockhorn hat auf eine aktuelle Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts hingewiesen, wonach Berufsausbildungen im Rahmen des Dualen Systems künftig nicht mehr vor einer Einberufung zur Bundeswehr schützen.

Nachdem der Bundestag erst im Oktober 2004 mit einer Änderung des Wehrpflichtgesetzes einen lange beklagten Missstand bereinigt hatte, hat das Bundesverteidigungsministerium gegen den entsprechenden Beschluss des Bundesrates vom 11. Mai 2007 geklagt. Es war der Ansicht, dass der Wehrdienst wieder Vorrang haben solle vor einer beruflichen Ausbildung.

Das Gericht folgte dieser Ansicht. Nach Auffassung des KDV heißt das künftig, dass weder die Betriebe noch die Wehrpflichtigen planen können, weil eine Einberufung nun im gesamten ersten Ausbildungsjahr der betrieblichen Ausbildung möglich ist. Da die Arbeitgeber aber die Ausbildungsplätze weiter zur Verfügung halten müssen, bedeute das, dass zukünftig zahlreiche Lehrstellen wieder unbesetzt bleiben werden, obwohl genau dieser Umstand mit der Gesetzesänderung behoben werden sollte. Die Zentralstelle KDV forderte den Bundestag auf, nun sehr schnell zu regeln, dass der Wehr- und Zivildienst für eine duale Ausbildung ab Beginn der Lehre zurückgestellt wird.

Aus: Rundblick Nr. 196 vom 29.10.07

Neuer Höchststand bei Ausbildungsverträgen im Handwerk

(rb) Hannover. Gegen die Kritik an der Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft, die in der vergangenen Woche auch Thema der Landtagsdebatten war, wehrt sich jetzt die Vereinigung der Handwerkskammer Niedersachsen. Sie verweist darauf, dass die bereits gute Ausbildungslage 2006 in diesem Jahr einmal gesteigert werden konnte.

Ende September hätten die Ausbildungspaktpartner ein Plus von sieben Prozent neu abgeschlossener Ausbildungsverträge registrieren können. Mit einer Ausbildungsquote von nahezu zwölf Prozent rangierte zudem das niedersächsische Handwerk bundesweit an der Spitze, heißt es. Der Vorsitzende des Bildungsausschusses der Vereinigung, Kammerpräsident Karl-Heinz Brünger aus Osnabrück, stellte zudem eine Trendwende auf dem Ausbildungsmarkt fest: Viele Unternehmen könnten ihre freien Stellen nicht mehr besetzen – und das vor dem Hintergrund, dass die Kultusministerkonferenz in den kommenden vier Jahren von einem Rückgang der Schulabgängerzahlen an Haupt- und Realschulen von 25 Prozent ausgeht. Brünger rechnet damit, dass Ende Oktober durch die Nachvermittlungsaktionen der Kammern und Arbeitsagenturen jeder ausbildungswillige und ausbildungsfähige Bewerber ein Ausbildungsplatzangebot bekommen wird. Für das Handwerk bedeute dies einen neuen Höchststand bei der Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge, die voraussichtlich bei 19000 liegen wird. Brünger bedauerte, „dass diese positiven Botschaften viele Politiker noch nicht erreicht haben“.

Aus: Rundblick Nr. 191 vom 22.10.07

Hilfe bei der Lehrstellensuche

Strahlemann-Initiative: Die Stiftung stellt die Ziele des Patenprojekts mit einem Prospekt vor – Preisgekrönter Entwurf ist in einem Schüler-Wettbewerb an der Martin-Buber-Schule entstanden.

HEPPENHEIM. „9./10. Klasse. . . . und nun?“ lautet die Überschrift des Flyers der Strahlemann-Initiative, den diese den Schülerinnen und Schülern der Martin-Buber-Schule überreicht hat.

Reimar Bezzenberger von der Strahlemann-Stiftung und Manfred Gölz von der Strahlemann-Initiative übergaben die frisch gedruckten Prospekte an der Heppenheimer Haupt- und Realschule, weil dort der preisgekrönte Entwurf im Rahmen eines Schülerwettbewerbs entstanden war. Die Firma KS-Druck und das Designstudio „as4design“ in Heppenheim sponserten nun die Realisation und den Druck des Prospekts.

Grundidee des Wettbewerbs war nach Angabe der Stiftung die Annahme, dass Schüler mit eigenen Worten und Bildern die Idee der Strahlemann-Initiative gut vermitteln können.

„Du wirst beim Einstieg in den Beruf nicht allein gelassen, denn du bekommst einen Paten, der dir bei der Vorbereitung auf ein Bewerbungsgespräch hilft und dich begleitet“, heißt es im Text.

Bei der Übergabe anwesend waren Christian Eiber und Sascha Kumpf von den Preisträgern. Schulleiter Peter Kühn bedankte sich und brachte seine Freude darüber zum Ausdruck, **dass immer mehr Schülerinnen und Schüler dank der guten einjährigen Vorbereitung auf den Beruf durch die Paten einen Ausbildungsplatz fänden.**

echo-online.de, 27.09.2007

Ruheständler

Alimentation von Beamten mit drei und mehr Kindern - Wie geht es weiter?

Das Land Niedersachsen regelt alle noch offenen Fälle der Alimentation von Beamten mit drei und mehr Kindern für die Jahre 2002 bis 2006 (ausführlicher Bericht in der Ausgabe 10/2007 des niedersachsen magazins).

An den niedersächsischen Landesverband ist vermehrt die Frage herangetragen worden, ob der dbb hinsichtlich der Frage, was unter einer „zeitnahen Geltendmachung“ zu verstehen ist, Rechtsschutz gewährt. Diesbezüglich befinden wir uns noch in einem internen Abstimmungsverfahren mit dem dbb Bund, der für diese Entscheidung verantwortlich zeichnet. Sobald die Sachlage abschließend geklärt und eine Entscheidung getroffen ist, werden wir kurzfristig informieren. Bis dahin empfehlen wir, eingereichte Widersprüche und Klagen für zurückliegende Jahre ***nicht*** zurückzunehmen, um die bestehenden Rechte zu wahren.

Aus: dbb online vom 16.10.2007

Beamtenpensionen:
Alterssicherung muss attraktiv bleiben

Zur aktuellen Diskussion über die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für die rund 360 000 Beamten, Soldaten und Richter des Bundes von derzeit 65 auf 67 Jahre bis zum Jahr 2029 sagte dbb Chef Peter Heesen am 14. August 2007 in Berlin: „Die Frage, ob und wie Alterssicherungssysteme durch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit zukunftsfest gemacht werden sollen, ist ein außerordentlich wichtiges Thema. Wir haben uns stets konstruktiv in die entsprechenden Reformmaßnahmen eingebracht und sind insofern nicht überrascht vom Gesetzentwurf des Bundesinnenministeriums."

Aus grundsätzlichen Erwägungen halte der dbb die schlichte Verlängerung der Lebensarbeitszeit für keinen geeigneten Weg, die Altersicherungssysteme im Arbeitnehmer- wie im Beamtenbereich auf eine nachhaltige solide Basis zu stellen, betonte Heesen. Ohne flankierende Maßnahmen im Dienst- und Sozialrecht liefen die vorgesehenen Regelungen auf eine pauschale Absenkung von Renten und Pensionen hinaus. Die breite politische Mehrheit habe sich jedoch in Bundestag und Bundesrat trotz vieler vernünftiger Einwände für diesen Weg im Bereich der Rente entschieden. „Die Beamten stehen nicht außerhalb der Gesellschaft. Das Bundesverfassungsgericht hat in einem vom dbb geführten Verfahren festgestellt, dass Reformen in der gesetzlichen Rentenversicherung Orientierungsgröße für die Veränderung der Beamtenversorgung sein können, jedoch nur unter Berücksichtigung der Systemunterschiede wirkungsgleich übertragen werden dürfen. Wenn dies nun politischer Wille ist, nehmen wir das trotz unserer grundsätzlichen Bedenken hin." In derselben Entscheidung habe Karlsruhe festgestellt, dass die Beamten aufgrund der in der Versorgung bereits durchgeführten Reformen stärker und früher belastet waren, als die Rentner. „Diese Überkompensierung wurde in dem nun vorliegenden Gesetzentwurf für die Bundesbeamten berücksichtigt, was wir ausdrücklich begrüßen. Glücklicher wären wir freilich, wenn wir einen unserer Alternativvorschläge hätten durchsetzen können, beispielsweise ein Bonusmodell bei freiwilliger Verlängerung der Dienstzeit, um Freiwilligkeit ebenso wie bereits im heute gültigen Rentenrecht honorieren zu können." Die Altersicherung müsse auch im öffentlichen Dienst attraktiv bleiben, um den in Zukunft dringend benötigten qualifizierten, hoch motivierten Nachwuchs gewinnen zu können.

Aus: dbb magazin September 2007

Versorgung aus dem Beförderungsamt dbb niedersachsen erreicht
Erfolg für Versorgungsempfänger

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Wartezeit im Hinblick auf die Versorgung aus dem Beförderungsamt hatte der niedersächsische dbb Finanzminister Möllring gebeten, auch bestandskräftige Versorgungsfestsetzungen betroffener Kolleginnen und Kollegen wieder aufzugreifen (wir berichteten in den letzten beiden Ausgaben des niedersachsen magazin).

Das Niedersächsische Finanzministerium hatte durch Erlass die Rechtslage dargelegt. Danach galt der Beschluss des BVerfG nur für noch nicht bestandskräftige Versorgungsfestsetzungsbescheide ab dem 13. April 2007 und für künftige Versorgungsfestsetzungen. Das bedeutete, dass zum Zeitpunkt der Bekanntgabe der Entscheidung bereits bestandskräftige Versorgungsfestsetzungen von der Entscheidung nicht berührt waren.

Antrag erforderlich

Der Niedersächsische Finanzminister Hartmut Möllring hat die Bitte des dbb niedersachsen aufgegriffen und uns bereits Ende Juli mitgeteilt, dass Kolleginnen und Kollegen, die mehr als zwei aber weniger als drei Jahre vor ihrer Versetzung in den Ruhestand befördert wurden und von der verfassungswidrigen Regelung des Versorgungsreformgesetzes 1998 betroffen sind (auch wenn der Bescheid bestandskräftig ist) einen entsprechenden Antrag (Änderung des Versorgungsfestsetzungsbescheides (Datum angeben) unter Berücksichtigung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 20. März 2007) an die Versorgungsfestsetzungsstelle des Niedersächsischen Landesamtes für Bezüge und Versorgung stellen können. Diese Anträge werden mit Wirkung ab Bekanntgabe des o.g. Beschlusses (Stichtag 13. April 2007) für die Zukunft zu Gunsten der Betroffenen entschieden.

Wiederaufgreifen von Amts wegen nicht möglich

Ein Wiederaufgreifen aller möglichen Fälle im Landesbereich von Amts wegen ist aus verfahrenstechnischen Gründen leider nicht möglich. Das in Niedersachsen angewandte Bezügeverfahren lässt eine lückenlose Erfassung aller betroffenen Fälle nicht zu. Das NLBV wird allerdings die allen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern im November zu übersendenden Bezügemitteilungen mit einem entsprechenden Zusatz versehen, in dem auf die neue Rechtslage und das bestehende Antragsrecht ausdrücklich hingewiesen wird.

Aus: dbb niedersachsen magazin September 2007

Glosse

Ruf an!

Rechtschreibung – per Verordnung dem Verfall anheim gestellt?

Von Friedrich Susewind

Bonn (fsu) Dem Verfasser fiel jetzt ein „Wörterbuch zur neuesten Rechtschreibung“ in die Hand. Sein Eindruck: Einiges von dem, was ganze Generationen vor uns über ein Jahrhundert als verbindliches Regelwerk im DUDEN zusammengetragen haben, ist jetzt der Beliebigkeit anheim gestellt. Ja man hat den Eindruck, die selbsternannten Sprachreformer aus den Neunziger Jahren wollten das leidige Thema endlich vom Tisch haben, ohne jedoch ihre Duftmarken zu hinterlassen. Dabei haben sie alle möglichen Kompromisse geschlossen und herausgekommen ist das, was alle immer schon nicht haben wollten: Man kann künftig dieselbe Sache so oder so schreiben – oder so.

Dabei versteigt man sich zu der Empfehlung: „Wer sich sprachgeschichtlich auskennt, darf auch weiterhin“ zum Beispiel das Wort Mainau nach dem „i“ trennen, obwohl die Reformer empfehlen, es nach dem „n“ zu trennen. Erzählen Sie das einmal Ihrem Taxifahrer. Seine Frau, die mitfährt, wird fragen, warum nicht sie und ihr Mann, die sich „im Verkehr bestens auskennen“, bei „Rot“ über die Ampel fahren dürften, wenn kein anderes Auto in der Nähe sei? Die Zeichensprache der Verkehrsampeln sei genauso gut ein Verständigungssystem, und auch dort könne ein wenig mehr Flexibilität nicht schaden. Außerdem kämen beide dann täglich früher nach Hause, und all dies diene auch der Umwelt, da viel weniger Autos vor Ampeln unnötig warten und die Luft verpesten würden.

Da sind Sie, lieber Leser, ob der Findigkeit dieser Taxiunternehmerin platt und versprechen, den beiden ein paar Zeilen dazu schreiben zu wollen. Aber vorher schauen Sie doch lieber noch einmal in das „neueste“ Wörterbuch – nicht zu verwechseln mit dem alten „neuen“ Wörterbuch:

„Lieber Herr Birchler,

ihre Frau hat mich mit ihrer Frage in ihrem Taxi überrascht und ich nehme mir wie versprochen die Zeit für sie zu antworten.“

Ja, die Deutschlehrer mussten in diesem einzigen Satz, der unzählige Fragen aufwirft, zu Recht bisher sieben Fehler anstreichen. Diese Zeiten sind nun vorbei. So dürfen Anredepronomen wie „Sie“ und

Kompetenz zeigen

in Ausbildung und Beruf

Moderieren - Projektieren - Präsentieren: Methoden trainieren
1. Aufl., 255 S., brosch.
Mit CD
ISBN 978-3-8085-7306-8
€ 22,00

Intensives Training beruflich relevanter Themen - in vielen Seminaren bereits erfolgreich erprobt!
Die CD enthält Demo-Versionen, einen Workshop Internet-Recherche sowie praktische Arbeitshilfen für das elektronische Informationsmanagement.

Rhetorik und Kommunikation
1. Aufl.,162 S., brosch.
ISBN 978-3-8085-7300-6
€ 17,50

Die richtige mündliche und schriftliche Kommunikation im Beruf, ausgehend von realen Situationen im Betrieb.

EUROPA LEHRMITTEL

Verlag Europa-Lehrmittel
Düsselberger Str. 23
42781 Haan-Gruiten
www.europa-lehrmittel.de

Possessivpronomen wie „Ihr“ in Briefen künftig klein geschrieben werden. So sind sie von den Reflexivpronomen wie „sie“ und „ihr“ in vielen Fällen - wie oben - nicht mehr zu unterscheiden. Wer damit Verständigungsprobleme bekommt, dem wird empfohlen, sie weiterhin groß zu schreiben. Auch ist es in die Beliebigkeit des Schreibenden gestellt, ob er das bisher übliche Komma zwischen selbständigen Sätzen, die mit „und“ verbunden sind, setzt – oder auch nicht. Beides ist „richtig“. Auch mit dem Komma, der oft notwendigen Sprechpause vor dem erweiterten Infinitiv, nimmt man es nicht mehr so genau.

Fragt sich, wie Kollege Computer in seinen Schreib- und Sprachprogrammen mit dieser neuen deutschen Lässigkeit klarkommt. Er wird Sie wohl öfter als bisher ermahnen müssen: „Sie wollen sicher einen Brief schreiben? Allerdings wird er schnell dazulernen und dann den freundlichen Tipp geben: „Lass das Schreiben bleiben. Ruf an!“

Dies tat der Chronist denn auch und er sprach mit Familie Birchler. Nun warten alle drei auf das „allerneueste“ Wörterbuch zur „neuesten“ Rechtschreibung – und rufen einander wieder an.

Bei Redaktionsschluss

Hessen „Lernen und Arbeiten in Schule und Betrieb“ (SchuB)

Hauptschulen mit Hilfe der Wirtschaft auf Modernisierungskurs

Frankfurt (fsu) Kultusministerin Karin Wolff hat im Rahmen einer Pressekonferenz die neue hessische Hauptschule mit ihrem Erfolgsmodell „SchuB“ vorgestellt. Dies Konzept soll ab der nächsten Legislaturperiode an allen hessischen Hauptschulen umgesetzt werden. Aufgrund hoher Quoten von Abbrechern ohne Hauptschulabschluss hatte Hessen bereits 2004 gehandelt und diese bundesweit einmalige Initiative für solche Schülerinnen und Schüler entwickelt.

Es gebe unbestritten eine große Zahl von Schülerinnen und Schülern, die besser praxisorientiert lernten und deshalb für die Realschule oder das Gymnasium weniger geeignet seien, betonte Wolff. Man könne dieses Wissen einfach ignorieren und - den Forderungen von Bildungstheoretikern folgend - die Hauptschulen abschaffen. Der Preis dafür wäre, dass die in den Landesprüfungen gesetzten Mindeststandards insgesamt gesenkt werden müssten und eine individuelle Förderung nicht mehr möglich sei. Dies wäre aber nicht im Sinne der Wirtschaft, die zu Recht erwarten könne, dass Schülerinnen und Schüler bestmöglich auf die Berufswelt vorbereitet würden, und zwar nicht nur für akademische Berufe. Praktische Begabungen gering zu schätzen, sei geradezu sträflich.

Aktuell kommen nur Schülerinnen und Schüler in die hessischen SchuB Klassen, die voraussichtlich nicht den Hauptschulabschluss erreichen können. Im Vorfeld müssen die Jugendlichen gemeinsam mit ihren Eltern eine Erziehungsvereinbarung mit klaren Pflichten unterschreiben und einhalten. Gelernt und gearbeitet wird in der Schule sowie an zwei Tagen pro Woche in einem Betrieb.

Vor allem benachteilige Jugendliche brauchten bereits frühzeitig Unterstützung und Angebote zur Berufsorientierung und Berufsvorbereitung, betonte Günter Lutz, Leiter der Frankfurter Cornrad Electronic - Filiale. Es sei wichtig, dass es schon in der Schulzeit verlässliche Angebote gebe, die die Ausbildungsfähigkeit junger Menschen förderten. Lutz habe die Erfahrung gemacht, dass auch Jugendliche mit schlechteren Voraussetzungen bei entsprechender Anleitung durchaus sehr gute Arbeitsleistungen zeigten. Wichtig sei nicht, welche Schulform die Jugendlichen besuchten, sondern wie motiviert und lernbereit er oder sie im Betrieb sei. Deshalb biete ein guter Hauptschulabschluss eine solide Basis für Ausbildungschancen im Handel“, erklärte Lutz, der seit 2004 das Frankfurter SchuB Programm unterstützt.

In der hohen Zahl von Abschlüssen der an den SchuBKlassen beteiligten Hauptschüler sehe er auch einen großen Bildungserfolg der bei SchuB engagierten Unternehmen, lobte RA Jörg E. Feuchthofen, Geschäftsführer der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VHU), Bereich Bildung und Gesellschaftspolitik. Er wies jedoch darauf hin, dass bei der vom Land beabsichtigten gesetzlichen Verankerung des SchuB-Konzepts selbstverständlich gewährleistet bleiben müsse, dass die Mitwirkung von Unternehmen nur auf freiwilliger Basis erfolgen könne. Auf dieser Grundlage sei der VHU gerne bereit, an einer schrittweisen Ausweitung des SchuB-Klassen-Modells mitzuwirken. Dazu habe man mit Kultusministerin Wolff die begleitende Arbeitsgruppe von Sachverständigen vereinbart, die die Anregungen aus den bereits beteiligten Betrieben permanent aufarbeiten und in begleitende Informationshilfen für neu interessierte Unternehmen umsetzen würden.

Wie Jörg. E. Feuchthofen unserer ***Berufsbildung aktuell*** mitteilte, handelt es sich bei den SchuB-Praxistagen um eine sehr intensive und auch aufwändige Betreuung der Schüler durch die Betriebe und - in Abstimmung - mit den Schulen.

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
29.01.2008

Herausgeber: Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS), Landesverband Niedersachsen e.V.
Geschäftsstelle: Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover, Tel.: 0511 - 32 40 73, Fax: 0511 - 3632203

e-mail: info@BLBS-Nds.de
http://www.BLBS-Nds.de

Mitglied des BLBS im BVN, DL, dbb

Redaktion: Friedrich Susewind, Tel.: 0163 14 81 727, St. Joost 8, 26434 Wangerland
Ingrid Rüber, Tel.: 0531 - 31 44 01, Kantstraße 4, 38112 Braunschweig
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Verbandes wieder.
Druck: Druckerei Beneking GmbH, Göttinger Landstraße 4, 30966 Hemmingen **Berufsbildung aktuell.** erscheint viermal im Jahr.

Perspektive, Teamwork und Erfolg

McDonald´s – einer der ganz großen Ausbilder

Drei Dinge sind es, die den großen Traum vieler Jugendlicher heute in Erfüllung gehen lassen: Eine Lehrstelle mit Aussicht auf spätere Übernahme, ein Freundeskreis und ein Auto. Und dann geht´s unter der Woche gemeinsam mit Freuden an den Drive - In - Schalter zu McDonald´s, während im Radio die beliebtesten Songs laufen. Das ist Kult und zugleich Ausdruck eines positiven Zeit- und Lebensgefühls.

Des Plaines, Illinois, USA: Hier begann in den 50er Jahren die einzigartige Unternehmensgeschichte. Ray Kroc erwarb die Rechte für die Marke und legte den Grundstock für den legendären Erfolg von McDonald´s. In Deutschland begann die McDonald´s Geschichte mit der Eröffnung des ersten Restaurants im Jahre 1971 in München. Heute ist McDonald´s mit mehr als 1270 Restaurants und täglich rund 2,3 Millionen Gästen hierzulande der Marktführer.

Zum Selbstverständnis des Traditionshauses gehört seit jeher auch die Ausbildung. Im vergangenen Jahr haben über 200 Auszubildende erfolgreich ihre Prüfung abgeschlossen. Nahezu alle Absolventen konnten in ein festes Arbeitverhältnis übernommen werden - mit sehr guten Aufstiegschancen. Und so stehen derzeit 1680 Auszubildende bundesweit bei McDonald´s im Arbeitsleben. Die meisten von ihnen werden als „Fachmann/Fachfrau für Systemgastronomie“ ausgebildet – ein neuer und zugleich attraktiver Beruf mit vielseitigen kaufmännischen Anforderungen. Hier gilt es, den Personaleinsatz zu planen, Kostenkontrollen durchzuführen, Arbeitsabläufe zu organisieren etc. Aber auch zum Fachinformatiker – Fachrichtung Systemintegration – und zum Kaufmann/Kauffrau der Bürokommunikation bildet McDonald´s nicht nur in seinem Haupt-Service-Center in München, sondern bundesweit in allen Service-Centern aus. Zusätzlich zur praktischen Ausbildung und den Unterweisungen in der Ausbildungsstätte werden überbetriebliche Schulungen in den Regionalen Servicecentern von McDonald´s Deutschland und in den Hauptservice-Centern durchgeführt.

Franchise-Karriere nach Lehrplan. Seit jeher gilt: Nur gut geschulte Partner bringen eine Geschäftsidee kontinuierlich voran. So versorgt McDonald´s seine Geschäftspartner nicht nur mit weiterentwickelten Rezepten für vitaminreiche Salate und Biomilchgetränke, sondern liefert ebenfalls das passende Ambiente, die Qualitätsüberwachung sowie das komplette Know-how mit.

Nach dem Prinzip der 1961 in Illinois eröffneten „Hamburger University“ bietet McDonald´s auch hierzulande seinen Führungskräften, Franchise-Nehmern und Mitarbeitern „akademische Lehrstunden“ an. Über 90 Kurse umfasst das aktuelle „Vorlesungsverzeichnis“ der Münchener „MCD - Hochschule“ - großzügig ausgestattet mit Auditorium, Labor- und Arbeitsräumen auf 1800 Quadratmetern.

Wenn da nicht ein Studiengang „Franchising“ in greifbare Nähe rückt.

In guten Händen (v.l.): Lydia Weinhold, Dominik Greim, Aygül Caliskan (Azubis) mit ihrer Restaurantleiterin Gretlis Kluge in Wilhelmshaven

Foto: fsu